

lwvinfo

ZEITSCHRIFT DES LANDESWOHLFAHRTSVERBANDES HESSEN

schwerpunkt | kurzmeldungen | wortmeldungen | personalien

LWV-Finzen: Etat 2007 und Eckwerte 2008 verabschiedet

Die LWV-Verbandsversammlung hat in ihrer März-sitzung in Weilburg mit Mehrheit den Haushalt 2007 verabschiedet. Mit 888,2 Mio. Euro konnte der absolute Umlagebetrag im dritten Jahr stabil gehalten werden. Der Hebesatz, die Berechnungsgrundlage der Verbandsumlage, konnte im Vergleich zum Vorjahr sogar um 2,20 Prozentpunkte von 15,58 % auf 13,38 % in 2007 abgesenkt werden. Die im Juni beschlossenen Eckwerte zur Haushalts- und Budgetplanung 2008 liefern die Vorgabe zur Fortsetzung des Spar-kurses. Stärker denn je setzt das Hessische Sozialparlament dabei auf innovative und ambulante Hilfeformen. Betreutes Wohnen und Persönliches Budget sollen spürbare Zuwächse verzeichnen.

| Mehr zu Haushalt und Eckwerten auf Seite 2



„LWV-Gesundheitsmanagement GmbH“ geht an den Start

Die Verbandsversammlung des LWV hat im Mai durch Annahme einer umfangreichen Beschlussvorlage den Weg zur Umwandlung von insgesamt acht bisherigen Eigenbetrieben des Verbandes in gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung frei gemacht. Grünes Licht gab es auch für die Neugründung einer Holding-GmbH, die in Zukunft die Unternehmenstöchter des LWV unter einem Dach steuern soll. Die Holding wird den Namen „LWV-Gesundheitsmanagement GmbH“ tragen. Die von LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann eingebrachte und mit großer Mehrheit verabschiedete Vorlage sieht weiterhin vor, dass mehrere gemeinnützige GmbHs in Süd- und Mittelhessen zu regionalen Verbänden mit gemeinsamer Geschäftsführung zusammengefasst werden.

| mehr auf Seite 4

Aus der Verbandsversammlung
Langjährige Mandatsträger ausgezeichnet

Seite 8

Wortmeldungen
Die Fraktionen der Verbandsversammlung zu wichtigen Themen

Seite 10

Medizin und Caritas
Elisabeth-Ausstellung mit LWV-Beteiligung

Seite 14

Wenn das Unterbewusstsein einen Streich spielt
Was ist ein „Freud’scher Versprecher“?

Seite 25

Menschen im LWV
Geehrt – Gewechselt – Aufgefallen

Seite 26

Etat für 2007 verabschiedet – Landkreise und kreisfreie Städte erneut entlastet

Der Verwaltungshaushalt beläuft sich in 2007 auf 1,32 Mrd. Euro. Zur Deckung der Ausgaben erhält der LWV 76,2 Mio. Euro aus den allgemeinen Zuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich und setzt 40,3 Mio. Euro aus Verbesserungen des Haushalts aus 2006 ein. Damit wird es möglich, die Umlage von den 26 Landkreisen und kreisfreien Städten konstant bei 888,2 Mio. Euro zu halten. Der größte Teil der LWV-Ausgaben ist auch in 2007 wieder die Sozialhilfe mit insgesamt rd. 1,05 Mrd. Euro. Hier ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von etwa 20 Mio. Euro zu verzeichnen. Das ist unter anderem auf eine Fallzahlsteigerung von 854 und allgemeine Kostensteigerungen wie etwa gestiegene Vergütungssätze der Einrichtungen zurückzuführen.

„Wir wissen, dass zu diesem positiven Haushaltsansatz insbesondere außergewöhnlich gute Rahmenbedingungen beitragen. Da wir für die folgenden Jahre damit nicht rechnen können, werden wir auch in Zukunft nach Sparpotenzialen suchen und insbesondere die ambulanten Angebote weiter engagiert ausbauen. So verabschieden wir in dieser Verbandsversammlung beispielsweise das ambulante Angebot des Begleiteten Wohnens von behinderten Menschen in Familien“, kommentiert Landesdirektor Uwe Brückmann den verabschiedeten Haushalt. (rvk)

Haushalt 2007 LWV Hessen

	Haushalt 2006	Haushalt 2007 – Entwurf –	Haushalt 2007
Verwaltungshaushalt			
Einnahmen	1.288.841.500 €	1.315.741.100 €	1.322.378.700 €
Ausgaben	1.288.841.500 €	1.315.741.100 €	1.322.378.700 €
Vermögenshaushalt			
Einnahmen	73.005.600 €	83.072.800 €	86.803.800 €
Ausgaben	73.005.600 €	83.072.800 €	86.803.800 €
Fallzahl Sozialhilfe	54.565 Fälle	55.419 Fälle	55.419 Fälle
Hebesatz der Verbandsumlage	15,58 %	13,52 %	13,38 %
Wichtige Einnahmeposten			
Verbandsumlage	888,2 Mio. €	888,2 Mio. €	888,2 Mio. €
Zuweisung nach § 20 FAG	65,1 Mio. €	72,9 Mio. €	76,2 Mio. €
Ausgleichsabgabe	60,9 Mio. €	55,7 Mio. €	55,7 Mio. €
Rücklagenentnahme	31,1 Mio. €	37,0 Mio. €	40,3 Mio. €
Kriegsopferfürsorge	46,8 Mio. €	56,2 Mio. €	56,2 Mio. €
Erstattung Sozialhilfe	124,9 Mio. €	125,4 Mio. €	125,4 Mio. €
Grundsicherung	50,8 Mio. €	57,4 Mio. €	57,4 Mio. €
Wichtige Ausgabeposten			
Sozialhilfe	1.032,0 Mio. €	1.045,5 Mio. €	1.052,1 Mio. €
Grundsicherungsleistungen	50,8 Mio. €	57,4 Mio. €	57,4 Mio. €
Ausgleichsabgabe	60,9 Mio. €	55,7 Mio. €	55,7 Mio. €
Kriegsopferfürsorge	50,8 Mio. €	60,0 Mio. €	60,0 Mio. €
Personalentwicklung			
Personalausgaben	60,9 Mio. €	61,9 Mio. €	61,9 Mio. €
(Kernverwaltung)	(45,7 Mio. €)	(45,6 Mio. €)	(45,6 Mio. €)
Personalstellen	1.215,5 Stellen	1.223 Stellen	1.223 Stellen
(Kernverwaltung)	(854,5 Stellen)	(831,5 Stellen)	(831,5 Stellen)

Eckwerte 2008: Trendwende zugunsten individueller Hilfeformen

Eine deutliche Steigerung der Zahlen im Bereich der ambulanten Hilfeformen wie dem Betreuten Wohnen, dem Begleiteten Wohnen in Familien und dem trägerübergreifenden Persönlichen Budget kennzeichnet die Eckwerte zur Haushalts- und Budgetplanung 2008, die die Verbandsversammlung des LWV im Juni verabschiedet hat. Mit diesen Eckwerten, die der Verwaltung als Vorgabe für die Haushaltsaufstellung dienen, wird der Wechsel hin zum Ausbau von individuellen, passgenauen Hilfen unterstrichen. „Die Eckwerte machen sehr deutlich, dass wir unser Ziel, innovative Ansätze insbesondere im ambulanten Bereich zu stärken, mit Nachdruck weiterverfolgen. Damit werden

wir nicht nur den Interessen der Menschen mit Behinderung gerecht, sondern können auch Kostensteigerungen in Grenzen halten, die durch höhere Fallzahlen entstehen“, erläuterte LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann den Beschluss. Die Eckwerte sehen ein Haushaltsvolumen von 1,35 Mrd. Euro vor, rund 32,3 Mio. Euro mehr als 2007. Der größte Posten im LWV-Verwaltungshaushalt bleibt die überörtliche Sozialhilfe mit rund 1,08 Mrd. Euro, ein Plus von rund 29,2 Mio. Euro gegenüber 2007 (ohne Grundsicherung). Der LWV rechnet damit, dass 2008 Menschen mit Behinderungen in 57.240 Fällen Hilfen erhalten, eine Steigerung gegenüber dem im

März beschlossenen Budget für 2007 von rund 1.800 Fällen. „Wir werden aufgrund der Fallzahlsteigerungen und der im Haushalt 2007 weitgehend verbrauchten Rücklage die Verbandsumlage, die wir von den hessischen Gebietskörperschaften erheben, anpassen müssen. Wie hoch diese genau sein wird, ist derzeit noch nicht zu beziffern, weil die Ergebnisse des laufenden Haushalts erst am Jahresende feststehen. Dies kann, wie auch die finanzwirtschaftlichen Rahmendaten, noch zu Veränderungen bis zur Einbringung des Haushalts führen“, sagte der LWV-Chef. (rvk/jda)



Sicherheitsinteresse der Bevölkerung im Mittelpunkt: Staatssekretär Gerd Krämer aus dem Hessischen Sozialministerium.

Foto: Jörg Daniel

Maßregelvollzug: „Erhebliche Anstrengungen unternommen“

Neben den Ehrungen (Bericht S. 4) stand ein für die Arbeit des LWV wichtiges Thema auf dem Programm des Parlamentarischen Abends in Weilburg: der Maßregelvollzug. Eckpunkte zur konzeptionellen Weiterentwicklung angesichts wachsender Belegungszahlen hatte die Verbandsversammlung in 2004 beschlossen. In einem Vortrag vor den Abgeordneten zeichnete der Staatssekretär im Hessischen Sozialministerium, Gerd Krämer, jüngste Fortschritte nach. Dabei habe man die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung in den Mittelpunkt gerückt und bessere Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Behandlung schaffen können, betonte der Staatssekretär.

Angesichts steigender Patientenzahlen habe man sich für den Aufbau neuer Kapazitäten entschieden: In Haina, Gießen, Eltville und Hanau seien bereits rund 130 neue Plätze für psychisch kranke Rechtsbrecher entstanden. „Mit der Errichtung einer neuen forensischen Klinik in Riedstadt mit 162 Plätzen sowie dem Ausbau des Eichbergs auf 57 Plätze werden nach derzeitiger Einschätzung mittelfristig ausreichende Kapazitäten vorhanden sein“, warf Krämer einen Blick nach vorn. Mehr Plätze entstehen auch für suchtkranke Rechtsbrecher: Die Klinik in Merxhausen mit 84 Plätzen werde im Juli 2007 ans Netz gehen, anschließend sollen in Hadamar umfangreiche Baumaßnahmen folgen.

Solche Kraftanstrengungen fielen in Zeiten knapper öffentlicher Mittel nicht leicht, die anerkannte Qualität des hessischen Maßregelvollzugs müsse gewährleistet bleiben, sagte Krämer. Hierzu gehöre die vorbildliche Arbeit der forensischen Fachambulanzen: Hessen sei hier bundesweit Vorreiter. Ohne die forensischen Fachambulanzen, stellte Krämer klar, könne die Entlassungsquote kaum auf dem hohen Niveau gehalten werden. Auch bildeten die Fachambulanzen ein wichtiges Bindeglied zwischen allgemeiner und forensischer Psychiatrie. Kooperation und Austausch müssten hier gestärkt werden, um mögliche forensische Karrieren bereits im Vorfeld zu verhindern. Ein weiteres Signal habe mit dem in der Klinik Haina installierten Modellprojekt „Neue Entgeltformen in der Forensik“ gesetzt werden können. Durch 15 Kennziffern sei nun das Leistungsgeschehen der Klinik transparent. Die Resultate finanzieller Leistungsanreize kämen sowohl Land wie Klinik zugute: Die Hainaer Forensik könne das Geld zur weiteren Optimierung der Behandlung einsetzen, das Land stelle die Mittel für Präventionsprojekte zur Verfügung. Kurze Verweildauer und geringe Rückfallquoten hätten ein deutliches Plus an Sicherheit ergeben - auch dies ein Ergebnis der professionellen Arbeit in den hessischen forensischen Kliniken, schloss der Staatssekretär. (jda)

Editorial

Die Fundamente sind gelegt!

Liebe Leserinnen und Leser,

die Verabschiedung der Gründungspapiere für die neuen Gesellschaften des LWV Hessen ist ein herausragendes Signal, mit dem das Sozialparlament im Mai die Weichen für eine neue Ära der Klinikwelt des LWV Hessen gestellt hat.

Auf diese Weise wird mehr als 30 Kliniken und anderen Betriebsstätten des LWV Hessen die Möglichkeit eröffnet, den Herausforderungen eines dynamischen Marktes für Gesundheitsdienstleistungen flexibler zu begegnen und mit hohem Qualitätsanspruch auf die Bedürfnisse ihrer Patienten, Bewohner und Nutzer einzugehen.

Damit zeigen wir nicht nur Handlungsfähigkeit, sondern schaffen auch für die Unternehmensgruppe die Basis für eine positive Entwicklung, denn die Beschlüsse sind gleichermaßen das Ergebnis einer intensiven sachorientierten Debatte wie auch eines fairen Interessenausgleichs zwischen unternehmensstrategischen Erfordernissen und den Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Die Wirklichkeit verlangt, neue Wege zu gehen, wenn wir nachhaltig die Wettbewerbsfähigkeit der LWV-Unternehmensgruppe stärken und so Arbeitsplätze in den hessischen Regionen sichern wollen. Neue Wege schlagen wir mit der Zusammenfassung einiger Gesellschaften in regionale Verbände ein. Einen neuen Weg gehen wir auch mit der Gründung der „LWV-Gesundheitsmanagement GmbH“. Marktnah operierende örtliche Gesellschaften, effizient arbeitende regionale Verbände unter dem Dach einer strategisch ausgerichteten Holding – diese drei Ebenen bilden das Fundament für einen starken Klinikträger LWV.

Liebe Leserinnen und Leser,

ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit den Umwandlungsbeschlüssen und den sie begleitenden Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite einen Weg eingeschlagen haben, auf dem alle Beteiligten mit Zuversicht nach vorn blicken können.

Uwe Brückmann
Landesdirektor



Foto: privat

„LWV-Gesundheitsmanagement GmbH“ geht an den Start



Wichtiger Beschluss zur Zukunft der Einrichtungen: Plenum der LWV-Verbandsversammlung am 24. Mai 2007

Foto: Jörg Daniel

Dem Beschlusspaket sah man an, dass viel Arbeit in ihm steckt: Durch eine 234 Seiten dicke Drucksache mit Beschlussvorschlag, Begründung und Vertragsentwürfen mussten sich die Abgeordneten kämpfen, in Ausschuss-, Arbeitskreis- und Fraktionssitzungen wurde darüber beraten. Ein Aufwand, der sich gelohnt hat, wie Landesdirektor Uwe Brückmann nach dem Votum feststellte: „Ich bin überaus zufrieden, dass wir durch

den heutigen Beschluss einen zweijährigen, sehr arbeitsreichen Prozess erfolgreich abschließen können. Der Beschluss lässt einen zukunftssträchtigen, wettbewerbsorientierten und marktnahen Klinikträger entstehen, der künftig mit der unbedingt notwendigen unternehmerischen Flexibilität agieren kann.“ Eine „kleine Revolution“ sah er gar, habe man sich doch mit der Unternehmensholding auf ein Modell verständigen können, bei dem die LWV-Unternehmensgruppe Zukunft gewänne, da Entscheidungsprozesse spürbar abgekürzt und Synergiepotenziale ausgeschöpft werden könnten. Die Arbeitnehmerseite habe erkannt, dass der Beschluss allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nütze, weil Arbeitsplätze nur in zukunftsorientierten und strategisch handelnden Unternehmen sicher sein können. „Vor allem aber nutzt er unseren Patientinnen und Patienten, weil sie in der Zukunft mehr noch als bisher auf qualitätsgesicherte Behandlungs- und Therapiestandards vertrauen dürfen. Die ‚Marke LWV‘ wird auch künftig für hochqualifiziertes Personal, moderne Behandlungsmethoden und gut ausgestattete Kliniken stehen“, sagte der LWV-Chef.

Nicht erst auf Alarmsignale warten

Dies auch deshalb, weil die Holding im Eigentum einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft bleibt und die gemeinnützigen GmbHs nicht gewinnorientiert arbeiten, wohl aber noch stärker

Diese 12 gemeinnützigen GmbHs gehören zur LWV-Gesundheitsmanagement GmbH:



Foto: Michael Spallek

Zentrum für Soziale Psychiatrie Philippshospital gemeinnützige GmbH, Riedstadt

- Betriebsstätten:
 - Walter-Picard-Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie
 - Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kinder- und Jugendalters Riedstadt
 - Heilpädagogische Einrichtung

- für Menschen mit geistiger Behinderung Riedstadt
- Wohn- und Pflegeheim für Menschen mit seelischer Behinderung Riedstadt
- Klinik für forensische Psychiatrie (in Planung)
- Umsatz: 44,1 Mio. €
- Beschäftigte (Vollkräfte): 684
- Geschäftsführer: Siegfried Hüttenberger
- Internet: www.zsp-riedstadt.de



Foto: ZSP Bergstraße

Zentrum für Soziale Psychiatrie Bergstraße gemeinnützige GmbH, Heppenheim

- Betriebsstätte:
 - Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Heppenheim
- Umsatz: 23,9 Mio. €
- Beschäftigte (Vollkräfte): 370
- Geschäftsführer: Siegfried Hüttenberger

- Internet: www.zsp-bergstrasse.de



Foto: ZSP Rheinblick

Zentrum für Soziale Psychiatrie Rheinblick gemeinnützige GmbH, Eltville

- Betriebsstätten:
 - Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Eichberg
 - Klinik für forensische Psychiatrie Eltville
 - Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes-

- und Jugendalters Rheinhöhe
- Wohn- und Pflegeheim für Menschen mit seelischer Behinderung Eltville
- Umsatz: 32,0 Mio. €
- Beschäftigte (Vollkräfte): 474
- Geschäftsführer: Stephan Köhler
- Internet: www.zsp-rheinblick.de



Foto: ZSP Hochtanus

Zentrum für Soziale Psychiatrie Hochtanus gemeinnützige GmbH, Friedrichsdorf

- Betriebsstätten:
 - Waldkrankenhaus Köppern, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie mit Außenstelle „Bamberger Hof“, Frankfurt am Main

- Haus Bornberg, Gerontopsychiatrische Tagesstätte
- Umsatz: 16,7 Mio. €
- Beschäftigte (Vollkräfte): 220
- Geschäftsführer: Stephan Köhler
- Internet: www.zsp-hochtaunus.de



Gemeinsam an neuer Unternehmensgruppe gefeilt (v.l.): Erste Beigeordnete Evelin Schönhut-Keil; Frank Lange, Gewerkschaftssekretär ver.di; Herbert Griesel, Personalratsvorsitzender ZSP Kurhessen; Landesdirektor Uwe Brückmann; Ilona Müller-Burk, stellvertretende Vorsitzende des Gesamtpersonalrates; Dieter Hansmann, Personalratsvorsitzender ZSP Haina (Kloster); Peter Schmitt, Personalratsvorsitzender ZSP Rheinblick; Manfred Huberti, Vorsitzen-

der Gesamtpersonalrat; Martina Maurer, stellvertretende Vorsitzende Gesamtpersonalrat bei der Unterzeichnung der Dienstvereinbarung zur Arbeitnehmerbeteiligung.

Foto: Monika Brauns

ker nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt würden: „Der Deutsche Städtetag hat in einer aktuellen Analyse festgestellt, dass es sehr wohl eine Alternative zum – oft durch anhaltende Defizite ausgelösten - Verkauf an privatwirtschaftliche Klinikbetreiber gibt. Kommunale Krankenhäuser, heißt es dort, seien nicht weniger effizient als private Häuser, wenn sie sich als Unternehmen ausrichten. Eine vorausschauende, strategische Unternehmensentwicklung bedeutet, notwendige Reformprozesse frühzeitig einzuleiten und nicht auf Alarmsignale zu warten. Auf diesem Weg – das beweisen die schwarzen Zahlen der vergangenen Jahre – sind unsere Kliniken bereits“, so Brückmann.

Die Mitarbeiter mitgenommen

Bereits mit dem Beschluss zu den GmbH-Gründungen vom Mai 2005 wurde der Umsetzungsbeirat ins Leben gerufen, der fortan regelmäßig zur Beratung des Reformvorhabens zusammenkam. In ihm hatten Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsvertreter wie auch die verschiedenen Leitungsgruppen Sitz und Stimme. Parallel dazu wurden Verhandlungen zu einem Personalüberleitungstarifvertrag aufgenommen. Diese konnten im vergangenen Dezember nach sechs Verhandlungsrunden erfolgreich abgeschlossen werden: Nach einer 12-stündigen Verhandlungsrunde einigten sich Arbeitgeber- und Gewerkschaftsseite auf die Eckpunkte eines Personalüberleitungstarifvertrages, der für die Beschäftigten der künftigen GmbHs gelten soll. Dabei wurden zur Arbeitsplatzsicherheit und zur Fortgeltung des tariflichen Rahmens weitgehende Forderungen der Beschäftigten aufgenommen. Die Eckpunkte sehen vor, dass Arbeitsverträge weiter gelten, erworbene Beschäftigungszeiten anerkannt bleiben. Die Holding mit ihren künftigen Töchtern wird Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband wie auch in der Zusatzversorgungskasse. Beim Übergang in die neuen GmbHs kommt es zu keinen betriebsbedingten Kündigungen. Die Arbeitgeberseite erklärte ihre Zustimmung zur Bildung eines Konzernbetriebsrates und wird ein Drittel der Sitze im Aufsichtsrat den Arbeitnehmervertretern überlassen. Ein Paket, welches im Mai nach dem Beschluss der Versammlungen durch eine ergänzende Dienstvereinbarung zur Bildung der Unternehmensgruppe komplettiert wurde. (jda)

Foto: SPZ Kalmenhof



Sozialpädagogisches Zentrum Kalmenhof gemeinnützige GmbH, Idstein

- Einrichtungen und Fachdienste der ambulanten, teilstationären und stationären Jugendhilfe und der Behindertenhilfe
- Umsatz: 19,2 Mio. €
- Beschäftigte (Vollkräfte): 257
- Geschäftsführer: Stephan Köhler

• Internet: www.spz-kalmenhof.de

Foto: Armin Schnapfänger



Zentrum für Soziale Psychiatrie Am Mönchberg gemeinnützige GmbH, Hadamar

- Betriebsstätten:
- Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Hadamar
- Klinik für forensische Psychiatrie Hadamar
- Wohn- und Pflegeheim für Menschen mit seelischer

- Behinderung Hadamar
- Umsatz: 32,9 Mio. €
- Beschäftigte (Vollkräfte): 523
- Geschäftsführer: Reinhard Belling
- Internet: www.zsp-hadamar.de

Foto: ZSP Rehbergpark Herborn



Zentrum für Soziale Psychiatrie Rehbergpark Herborn gemeinnützige GmbH

- Betriebsstätten:
- Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Herborn
- Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters Herborn
- Heilpädagogische Einrichtung

- für Menschen mit geistiger Behinderung Herborn
- Wohn- und Pflegeheim für Menschen mit seelischer Behinderung Herborn
- Umsatz: 37,3 Mio. €
- Beschäftigte (Vollkräfte): 589
- Geschäftsführer: Reinhard Belling
- Internet: www.rehbergpark.com

Foto: Klinikum Weilmünster



Klinikum Weilmünster gemeinnützige GmbH

- Betriebsstätten:
- Klinik für Neurologie
- Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie
- Klinik für Stimm- und Spracherkrankungen
- Umsatz: 35,1 Mio. €
- Beschäftigte (Vollkräfte): 466

- Geschäftsführer: Reinhard Belling
- Internet: www.klinikum-weilmuenster.de

Mit der Überführung der Eigenbetriebe in gemeinnützige GmbHs sowie mit der Gründung einer Unternehmensholding ändert sich weit mehr als lediglich die Rechtsform. In Süd- und Mittelhessen entstehen drei regionale Verbände, mit denen zusätzliche Synergiepotenziale erschlossen werden können. Eine Aufgabe vor allem für die regionale Unternehmensspitze, denn jeder Verbund wird durch einen gemeinsamen Geschäftsführer geleitet, in dessen Händen die unternehmerische Gesamtverantwortung liegt. Rechtlich bleiben die Zentren als gemeinnützige GmbHs selbstständig. Das Philipppshospital in Riedstadt wird mit dem ZSP Bergstraße in Heppenheim einen solchen Verbund bilden. Ein weiterer wird aus dem ZSP Rheinblick in Eltville, dem ZSP Hochtaunus in Friedrichsdorf und dem Sozialpädagogischen Zentrum Kalmenhof in Idstein entstehen. In Mittelhessen werden das ZSP Am Mönchberg in Hadamar, das ZSP Rehbergpark in Herborn sowie das Klinikum Weilmünster als regionaler Verbund eng miteinander kooperieren.

Unter dem Dach der künftigen Unternehmensholding betreibt der LWV insgesamt mehr als 30 fachlich eigenständige Kliniken, Wohn- und Pflegeheime sowie Heilpädagogische Einrichtungen. In den auf viele Orte in Hessen verteilten Standorten beschäftigt die Holding rund 9.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie ist damit größter Krankenhausträger im Bundesland Hessen und deckt einen Großteil der psychiatrischen Regelversorgung ab. Die Umwandlungen in gemeinnützige Gesellschaften werden rückwirkend zum 1. Januar 2007 wirksam, die Holding nimmt ihre Arbeit zum 1. Januar 2008 auf. (jda)

Eine Marke setzt neue Akzente

Mit der Entscheidung der Verbandsversammlung, die Steuerung der LWV-Unternehmensgruppe in die Verantwortung einer Holding zu legen, entstand die Frage nach dem künftigen Unternehmensnamen. Keine leichte Aufgabe, soll doch künftig mit dem Unternehmensnamen gleichzeitig eine „Marke“ entstehen und weiterentwickelt werden, die in allen Betriebsstätten für qualitätsgesicherte medizinische und therapeutische Leistungen steht. Grund genug, den Prozess der Namensfindung breit anzulegen und den künftigen Namen sorgsam auszuwählen. Bis zum Abgabestichtag trafen 95 Namensvorschläge von Mitarbeiter/innen ein, die durch eine Kommission bewertet wurden. Die Entscheidung fiel auf „LWV-Gesundheitsmanagement GmbH“, ein eher technischer Terminus, der aber die Nähe zum LWV Hessen erkennen lässt und insbesondere bei der Markenbildung auf der fachlichen Reputation des Kommunalverbandes aufbaut. Wenn die örtlichen GmbHs noch in diesem Jahr und die LWV-Gesundheitsmanagement GmbH zum 1. Januar 2008 ihre Arbeit aufnehmen, wird freilich ein neues Kapitel – auch bei der Markenbildung – aufgeschlagen. Dabei soll die „Marke LWV“ weiter an Schärfe gewinnen, sollen Patienten, Bewohner, Nutzer auch in Zukunft auf die Qualität der unter dem Dach des LWV erbrachten Leistungen vertrauen können. Ein Dank gilt allen, die sich mit eigenen Namensvorschlägen beteiligt haben. Drei von ihnen sind als Gewinner/innen der ausgelobten Preise hervorgegangen. (jda)

Foto: ZSP Mittlere Lahn



Zentrum für Soziale Psychiatrie Mittlere Lahn gemeinnützige GmbH, Gießen

- Betriebsstätten:
 - Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Gießen
 - Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Marburg
 - Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und

- Jugendalters Lahnhöhe
- Klinik für forensische Psychiatrie Hanau
- Wohn- und Pflegeheim für Menschen mit seelischer Behinderung Marburg
- Umsatz: 53,6 Mio. €
- Beschäftigte (Vollkräfte): 804
- Komm. Geschäftsführerin: Anke Berger-Schmitt
- Internet: www.zsp-mittlere-lahn.de

Foto: Michael Grün



Zentrum für Soziale Psychiatrie Kurhessen gemeinnützige GmbH, Bad Emstal

- Betriebsstätten:
 - Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Merxhausen
 - Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters Kassel
 - Klinik für forensische

- Psychiatrie Merxhausen
- Heilpädagogische Einrichtung für Menschen mit geistiger Behinderung Merxhausen
- Wohn- und Pflegeheim für Menschen mit seelischer Behinderung Merxhausen
- Rehabilitationseinrichtung für Suchtkranke und psychisch Kranke
- Sozialpädagogisches Zentrum Wabern-Homberg
- Umsatz: 48,7 Mio. €
- Beschäftigte (Vollkräfte): 728
- Geschäftsführer: Herbert Dreisbach
- Internet: www.zsp-kurhessen.de

Foto: ZSP Haina (Kloster)



Zentrum für Soziale Psychiatrie Haina gemeinnützige GmbH

- Betriebsstätten:
 - Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Haina
 - Klinik für forensische Psychiatrie Haina
 - Heilpädagogische Einrichtung für Menschen mit geistiger Behinderung Haina

- Wohn- und Pflegeheim für Menschen mit seelischer Behinderung Haina
- Umsatz: 60,6 Mio. €
- Beschäftigte (Vollkräfte): 930
- Geschäftsführer: Jürgen Hammerschlag
- Internet: www.zsp-haina.de

Foto: OK Kassel



Orthopädische Klinik Kassel gemeinnützige GmbH

- Umsatz: 18,7 Mio. €
- Beschäftigte (Vollkräfte): 187
- Geschäftsführer: Volker Horn
- Internet: www.okkassel.de

Umsatz und Beschäftigtenzahl für 2006. Bis zur Eintragung der Gesellschaften in das Handelsregister nehmen die Betriebsleiter der bisherigen Eigenbetriebe weiterhin ihre Aufgaben wahr.



Vorschläge des Rechnungshofes aufgreifen: Die LWV-Verbandsversammlung in ihrer März-Plenartagung in Weilburg.

Foto: Jörg Daniel

„Schubkraft für weitere Modernisierung“

Prüfberichte der Revisionsämter oder gar des Hessischen Rechnungshofes werden von den öffentlichen Institutionen, deren Etats unter der Lupe standen, mitunter sehr kritisch betrachtet oder gar zurückgewiesen. Nicht so beim Landeswohlfahrtsverband: Die Verbandsversammlung hat im März eine Stellungnahme verabschiedet, die zahlreiche Vorschläge der Prüfer aufgreift und einen Rahmen für die künftige Reformstrategie absteckt. LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann, die Erste Beigeordnete Evelin Schönhut-Keil und Beigeordneter Dr. Peter Barkey sehen im Beschluss Schubkraft für weitere Reformen beim Kommunalverband: „Unsere bereits laufenden Anstrengungen und der Tenor des Prüfberichtes gehen in dieselbe Richtung. Wir wollen unsere Unternehmensgruppe für die Zukunft fit machen, wir wollen das Hilfesystem für Menschen mit Behinderungen bedarfsgerechter gestalten und es zugleich bezahlbar halten und wir wollen auch eine schlanke LWV-Verwaltung.“ Als eine wichtige Voraussetzung forderten die Abgeordneten: Der LWV soll auch nach 2008 für das Betreute Wohnen behinderter Menschen verantwortlich bleiben.

Betreutes Wohnen

Ein Schwerpunkt soll dabei, sagte der LWV-Chef, der Umbau des Hilfesystems für Menschen mit Behinderung in Richtung ambulanter Hilfen wie dem Betreuten Wohnen sein. Hier vertreten die Gutachter die Position, dass rund 20 % der bisher stationär in einem Wohn-

heim betreuten Personen künftig im ambulanten Betreuten Wohnen leben könnten. Diese Zielmarke, so Brückmann, will sich der LWV vornehmen und damit seine bisherige Strategie konsequent fortsetzen. Ende 2005 erhielten 6.630 Menschen mit Behinderung Leistungen für das Betreute Wohnen, Tendenz steigend. Auch bei einem weiteren wichtigen Punkt besteht Übereinstimmung zwischen den Prüfern und dem Kommunalverband: Wegen der besseren Steuerungsmöglichkeiten sollte die Leistungsgewährung „aus einer Hand“ für ambulante, teilstationäre und stationäre Hilfen erfolgen. Die derzeitige vertragliche Regelung mit dem Hessischen Sozialministerium und den Kommunalen Spitzenverbänden, die dem LWV die komplette Zuständigkeit beim Betreuten Wohnen überlässt, endet aber am 31. Dezember 2008. Mit dem Beschluss wurden der LWV-Landesdirektor und die für den SGB XII-Bereich verantwortliche Erste Beigeordnete beauftragt, Verhandlungen aufzunehmen, die eine Verlängerung der Vereinbarung über den bisherigen Zeitpunkt hinaus zum Ziel haben. Darüber hinaus will der LWV mit den Anbietern des Betreuten Wohnens ein Anreizsystem vereinbaren, um die Umsteuerung zu beschleunigen.

Schlanke Verwaltung

Kritikpunkte machte der Prüfbericht in der Aufbau- und Ablauforganisation der LWV-Hauptverwaltung aus. Diese bezog sich in einem entscheidenden Punkt auf das Verhältnis der Personal-

stärke bei den „Querschnittsaufgaben“ (Personal, Organisation, Finanzen etc.) zu den „Fachaufgaben“ (Leistungsbereiche). „Unser Ziel ist es hier, zu einer schlanken Querschnittsverwaltung zu kommen, Optimierungspotenziale haben wir bereits in den Organisationseinheiten ausgemacht und sie, wo es zeitnah möglich war, schon umgesetzt“, hob Brückmann hervor. Die bis Ende 2006 erreichte Verringerung des Personaleinsatzes von 16 Stellen bedeute, dass bereits über 750.000 Euro bei den Personalausgaben erwirtschaftet worden seien. Der eingeschlagene Weg werde konsequent fortgesetzt, so der LWV-Chef. (jda)

„Erfolgsmodell“ – Landtagsstimmen zum Betreuten Wohnen

Das im Auftrag des Rechnungshofes erarbeitete Kienbaum-Gutachten wird von der FDP-Landtagsfraktion begrüßt. Deren gesundheitspolitischer Sprecher Florian Rentsch bezeichnete das Betreute Wohnen als Erfolgsmodell, da es den Bedürfnissen behinderter Menschen nach möglichst großer Selbstständigkeit Rechnung trage. Daher müsse es weiter ausgebaut werden. Die Landtagsliberalen sind der Auffassung, dass die verschiedenen Unterbringungsmöglichkeiten – stationär und ambulant - in einer Hand bleiben müssten. Beim Betreuten Wohnen sieht auch die SPD-Landtagsfraktion keine Alternative zum Träger LWV. Die derzeitige Regelung - alle Leistungen aus einer Hand - habe sich überaus bewährt, sagte Landtagsabgeordneter Michael Siebel. Nur durch die gebündelte Zuständigkeit beim LWV Hessen könnten Kosten in der Behindertenhilfe eingespart werden. Im Kienbaum-Gutachten sahen sich die Sozialdemokraten nachhaltig gestützt. Für die grüne Landtagsfraktion unterstrich deren sozialpolitische Sprecherin Kordula Schulz-Asche, dass Hilfen in der eigenen Wohnung für die meisten Menschen mit Behinderung besser seien als die stationäre Unterbringung in einem Heim. Entsprechend müsse auch das Hilfeangebot gestaltet sein. Innerhalb des LWV sieht Schulz-Asche breite Übereinstimmung: Der Ausbau des Betreuten Wohnens werde von allen Fraktionen im Landeswohlfahrtsverband befürwortet. Der LWV müsse über den 1. Januar 2009 hinaus für das Betreute Wohnen zuständig bleiben. (jda)

„Wenn die Gerechtigkeit ihren guten Tag hat“ – LWV zeichnet langjährige Mandatsträger aus



(v. l.): Kurt-Wilhelm Sauerwein, Landesdirektor Uwe Brückmann, Eva Ludwig, Kurt Leuninger, Ingeburg Gründer-Schäfer, Hubert Heil, Aloys Zumbärgel, Gerhard Wolf und Präsident Robert Becker.

Foto: Jörg Daniel

Der Komödienbau in Weilburg - für die meisten Teilnehmer des parlamentarischen Abends ein ungewohntes, vielleicht daher um so stimmungsvolleres Ambiente. Für die vorabendliche Zusammenkunft der Parlamentarier wie für die Plenartagung der Verbandsversammlung hatte Präsident Robert Becker im März nach Weilburg eingeladen. Auch – eingedenk seiner programmatischen Worte bei der Wahl im vergangenen Dezember – um zu demonstrieren, dass sich der LWV **allen** hessischen Regionen verpflichtet weiß. Verpflichtet weiß sich der LWV auch seinen engagierten, ehrenamtlichen Amts- und Mandatsträgern, die mit ihren Entscheidungen in Verbandsversammlung und Verwaltungsausschuss seit Jahrzehnten einen wichtigen Teil der sozialen Infrastruktur in Hessen mitgestalten. Zum Ende der vergangenen Wahlperiode haben sich einige besonders verdienstvolle Mitstreiter aus ihren Ämtern verabschiedet – sie wurden in Weilburg von Präsident Robert Becker und Landesdirektor Uwe Brückmann ausgezeichnet. Ingeburg Gründer-Schäfer, Hubert Heil, Kurt Leuninger, Eva Ludwig, Kurt-Wilhelm Sauerwein und Aloys Zumbärgel wurden mit der höchsten Auszeichnung, dem Ehrenring, geehrt. Gerhard Wolf erhielt die silberne Ehrenplakette. Präsident und Landesdirektor lobten den engagierten Einsatz der Sozialpolitiker/innen, die lange Jahre in den Gremien des LWV ehrenamtlich

tätig waren und bei vielen Weichenstellungen zur Versorgung und Betreuung behinderter und kranker Menschen in Hessen mitwirkten. Ihr Wirken, hob Becker hervor, habe dazu beigetragen, dass Werte wie Mitmenschlichkeit, Nächstenliebe und Solidarität mehr Beachtung erhielten. Für ehrenamtliches Wirken gäbe es stets ein Bündel von Motiven, immer aber führe es auch zur Bereicherung des eigenen Lebens, vermittele es Genugtuung und das Bewusstsein, gebraucht zu werden, sagte der Präsident. (Jda)

Ingeburg Gründer-Schäfer

Im November 1985 wurde Ingeburg Gründer-Schäfer aus Ahnatal in die LWV-Verbandsversammlung gewählt und blieb dort Abgeordnete bis zum November 1997. Zu diesem Zeitpunkt wurde sie als ehrenamtliche Beigeordnete in den Verwaltungsausschuss des LWV gewählt und übte diese Funktion bis zu ihrem Ausscheiden aus den Gremien des LWV im Dezember 2006 aus. Die Sozialdemokratin und engagierte Sozialpolitikerin gehörte der Betriebskommission des Zentrums für Soziale Psychiatrie Kurhessen in Bad Emstal an und amtierte dort seit 2001 als Vorsitzende. Von 1998 bis 2001 hatte sie auch in der Betriebs-

kommission des Zentrums für Soziale Psychiatrie Mittlere Lahn – Standort Marburg - den Vorsitz inne und gehörte im Laufe ihrer Tätigkeit weiteren Betriebskommissionen und dem Aufsichtsrat der Orthopädischen Klinik Kassel gGmbH an. Darüber hinaus war Ingeburg Gründer-Schäfer in Ausschüssen und Kommissionen der Verbandsversammlung tätig.

Hubert Heil

Seit November 1978 hatte Hubert Heil aus Künzell das Mandat eines Abgeordneten der LWV-Verbandsversammlung inne, über 28 Jahre gehörte er dem Hessischen Sozialparlament bis zu seinem Ausscheiden im Herbst 2006 an. Der frühere Betriebsratsvorsitzende des Werkes Fulda der Deutschen Bahn AG und aktive Kommunalpolitiker war in mehreren Ausschüssen und Kommissionen der LWV-Verbandsversammlung tätig und gehörte auch der Betriebskommission des damaligen Zentrums für Soziale Psychiatrie Marburg-Süd an. Erst im Februar war der Christdemokrat mit dem Hessischen Verdienstorden ausgezeichnet worden.

Kurt Leuninger

Gemeinsam mit Kurt-Wilhelm Sauerwein war Kurt Leuninger der dienstälteste Amts- und Mandatsträger im LWV: Im August 1969 zog der frühere Löhnberger Bürgermeister erstmals in die LWV-Verbandsversammlung ein und nahm sein Abgeordnetenmandat bis November 1997 wahr. Zu diesem Zeitpunkt wurde er als ehrenamtlicher Beigeordneter in den Verwaltungsausschuss des LWV gewählt und übte diese Funktion bis zu seinem Ausscheiden aus den Gremien des LWV im Dezember 2006 aus. In der Betriebskommission des Sozialpädagogischen Zentrums Kalmenhof wirkte der Sozialdemokrat als Vorsitzender. Der Betriebskommission des Zentrums für Soziale Psychiatrie Am Mönchberg in Hadamar,

dem Aufsichtsrat des Zentrums für Soziale Psychiatrie Rehbergpark Herborn gGmbH und dem Aufsichtsrat des Klinikums Weilmünster gGmbH gehörte Kurt Leuninger als stellvertretender Vorsitzender an. Im Laufe seiner Tätigkeit war er Mitglied weiterer Betriebskommissionen, Ausschüsse und Kommissionen im LWV.

Kurt-Wilhelm Sauerwein

Auf 37 Jahre Einsatz für den LWV bringt es Kurt-Wilhelm Sauerwein, der im August 1969 erstmals in die LWV-Verbandsversammlung gewählt wurde und sein Abgeordnetenmandat bis zum Ausscheiden im Herbst 2006 wahrnahm. Von 1989 bis 1997 saß der Sozialdemokrat und frühere Wetzlarer Landrat dem Haushaltsausschuss vor und war von 1992 bis 1998 Vorsitzender der SPD-Fraktion. 1993 rückte er als Vizepräsident in das Präsidium der Verbandsversammlung ein und wurde im Oktober 1998 nach dem Tod seines Vorgängers Eitel O. Höhne zum Präsidenten gewählt. An der Spitze des Hessischen Sozialparlamentes stand der Braunfelser bis vergangenen Oktober. Aus dieser Funktion heraus hatte Sauerwein auch den Vorsitz im Hauptausschuss inne. Der Geehrte gehörte der Betriebskommission des Zentrums für Soziale Psychiatrie Am Mönchberg in Hadamar sowie dem Aufsichtsrat der Zentrum für Soziale Psychiatrie Rehbergpark Herborn gGmbH an und war darüber hinaus in weiteren Ausschüssen und Kommissionen im LWV tätig.

Eva Ludwig

Im November 1985 wurde Eva Ludwig erstmals in die LWV-Verbandsversammlung gewählt und war dort stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion und deren sozialpolitische Sprecherin. Ihr Abgeordnetenmandat nahm sie bis Oktober 2001 wahr. Zu diesem Zeitpunkt wurde die frühere Landtagsabgeordnete und Kommunalpolitikerin als ehrenamtliche Beigeordnete in den Verwaltungsausschuss des LWV gewählt und übte diese Funktion bis zu ihrem Ausscheiden aus den Gremien des

LWV im Dezember 2006 aus. Die Darmstädterin gehörte der Betriebskommission des Zentrums für Soziale Psychiatrie Bergstraße in Heppenheim als Vorsitzende an, den stellvertretenden Vorsitz hatte sie in der Betriebskommission des Zentrums für Soziale Psychiatrie Rheinblick in Eltville inne. Drei Wahlperioden wirkte sie als stellvertretende Vorsitzende des Sozialausschusses der Verbandsversammlung und war darüber hinaus im Schul- und im Hauptausschuss tätig. In der Verbandsversammlung widmete Eva Ludwig ihr besonderes Augenmerk der Versorgung psychisch kranker Menschen und der Entwicklung einer psychiatrischen Familienpflege.

Aloys Zumbrägel

Über 29 Jahre gehörte Aloys Zumbrägel der Verbandsversammlung an: Im November 1977 erstmals in das Hessische Sozialparlament gewählt, nahm er sein Abgeordnetenmandat bis zum Ausscheiden im Herbst 2006 wahr. 2001 übernahm der Christdemokrat und ehemalige Landtagsabgeordnete aus Kassel die Funktion eines Vizepräsidenten der Verbandsversammlung und stand seitdem auch dem Ausschuss für Parlamentsreform vor. Von 1989 bis 1993 hatte Zumbrägel den Vorsitz im Schulausschuss inne. Der Geehrte gehörte der Betriebskommission des Zentrums für Soziale Psychiatrie Kurhessen in Bad Emstal sowie dem Aufsichtsrat der Orthopädischen Klinik Kassel gGmbH an und war darüber hinaus in weiteren Ausschüssen und Kommissionen im LWV tätig.

Gerhard Wolf

Im September 1994 zog Gerhard Wolf aus Nidda erstmals in die LWV-Verbandsversammlung ein und arbeitete dort bis zu seinem Ausscheiden im Herbst 2006 mit. Wolf, im Hauptberuf Geschäftsführer des Diakonischen Werkes Wetterau war in mehreren Ausschüssen – darunter dem Sozialausschuss - und Kommissionen der LWV-Verbandsversammlung tätig.

Weg für alternative ambulante Betreuung geebnet

Die LWV-Verbandsversammlung verabschiedete in ihrer Sitzung im März in Weilmünster die „Richtlinien für das Begleitete Wohnen von behinderten Menschen in Familien“ und eröffnet so für Menschen mit Behinderung in Hessen eine alternative ambulante Lebensform. Hier wird der Grundsatz „ambulant vor stationär“ umgesetzt, der den Menschen ein hohes Maß an Selbstbestimmung ermöglicht und gleichzeitig Kosten spart. Am Zentrum für Soziale Psychiatrie Kurhessen in Bad Emstal werden seit zehn Jahren positive Erfahrungen mit dieser Betreuungsform gesammelt. Inzwischen stehen dort 50 Betreuungsplätze zur Verfügung. Das Begleitete Wohnen in Familien ist als ambulante Betreuungsform für Menschen mit einer geistigen oder seelischen Behinderung oder einer Abhängigkeitserkrankung gedacht, die weder allein in einer Wohnung, im Betreuten Wohnen noch in ihrer eigenen Familie leben können. Menschen mit Behinderung, die nicht zwingend in einer stationären Einrichtung leben müssen, bietet das Begleitete Wohnen die Möglichkeit, in einer Gastfamilie zu leben, in die sie durch einen qualifizierten Fachdienst vermittelt werden. Voraussetzung ist, dass eine geeignete Familie für den behinderten Menschen gefunden wird. Die jetzt verabschiedeten Richtlinien regeln die organisatorische Ausgestaltung, Trägerschaft und Finanzierung. (rvk)

| Nähere Informationen für Institutionen, die Interesse haben, Träger des Begleiteten Wohnens zu werden und Familien bei:
Ramona Spohr,
Tel.: 05 61 / 10 04 – 28 75.

Berichtigung

In der vergangenen Ausgabe des LWV-Info hatten wir die Abgeordnete Christel Sprößler bei den Fraktionsfotos versehentlich sowohl der Fraktion der CDU als auch der SPD-Fraktion zugeordnet. Tatsächlich gehört die Bürgermeisterin der Gemeinde Roßdorf der Fraktion der SPD an. (jda)

Die Fraktionen der Verbandsversammlung zu wichtigen Themen

Fotos: privat



Verantwortungsbewusste Finanzpolitik

PAUL DÜNTE | haushaltspolitischer Sprecher CDU

Der LWV ist - in diesem Urteil geht die CDU-Fraktion mit dem Hessischen Landesrechnungshof einig - bestens in der Lage, die vielfältigen Aufgaben der überörtlichen Sozialhilfe zu meistern. Wir haben allerdings begreifen müssen, dass Leistungen und Einrichtungen zur Betreuung der hilfsbedürftigen Menschen keine statischen Größen sind. Es ist nicht nur immer wieder aktuell auf die Bedürfnisse der hilfsbedürftigen Menschen einzugehen, weil Betreuung individuell zugeschnitten sein soll. Es ist auch unablässig nach besseren Wegen und Alternativen zu suchen, um über die optimale Fürsorge für die behinderten Menschen hinaus die Kosten in Grenzen zu halten. Für die CDU-Frak-

tion stelle ich fest, dass der vom Verwaltungsausschuss aufgestellte Haushalt mit einem Umfang von knapp 1,4 Mrd. Euro diesen Anforderungen entspricht. Das gilt sowohl für das laufende Haushaltsjahr wie auch für die Perspektiven, die mit der Finanzplanung beschrieben werden. Die Verwaltung verfolgt nachhaltig das Ziel, in Abstimmung mit örtlichen Trägern und Einrichtungen die individuellen Hilfen weiter auszubauen: Hilfen aus einer Hand, Persönliche Hilfen und Hilfeplankonferenzen, Vorrang von ambulanter und teilstationärer Betreuung sind wichtige Stichworte.

Es zeugt von hoher haushalts- und finanzpolitischer Sensibilität, dass im dritten Jahr

in Folge die Verbandsumlage mit rund 888 Mio. Euro konstant bleibt. Ich übertreibe nicht, wenn ich feststelle, dass der LWV damit einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung der Trägerfinanzen leistet. Für diese verantwortungsbewusste Verbandsfinanzpolitik spreche ich für die CDU-Fraktion Verwaltungsausschuss und Kämmerer besondere Anerkennung aus. Der neue Weg, den CDU, Bündnis 90/Grüne und FDP in gemeinsamer politischer Verantwortung eingeschlagen haben, bringt uns erkennbar voran. Die Koalition hat mit ihren bisherigen Entscheidungen Mut bewiesen.

Fotos: privat



Schicksalsjahr für den LWV

ERWIN SCHMIDT | haushaltspolitischer Sprecher SPD

Der LWV befindet sich derzeit in einer heiklen und unklaren Gemengelage. Dies gilt für die Umwandlung der Eigenbetriebe in gemeinnützige Gesellschaften, aber auch für das Betreute Wohnen, bei dem die Prüfer des Landesrechnungshofes zu einem klaren und eindeutigen Schluss kommen. Die SPD-Fraktion hat zu diesem Komplex entsprechende Anträge gestellt: Eine Entscheidung im Sinne des Landesrechnungshofes muss noch in diesem Jahr fallen. Insofern kann man wirklich von 2007 als dem Schicksalsjahr für den Fortbestand des Landeswohlfahrtsverbandes sprechen. Zumal kein Zweifel besteht, dass bei einem Wegfall des Betreuten

Wohnens die Debatte um die Verlagerung der Eingliederungshilfe auf die örtlichen Sozialhilfeträger neu entflammen würde. Der Abschluss für 2006 weist mit einem Überschuss von 50 Mio. Euro ein gutes Ergebnis auf. Hier müssen wir allerdings feststellen, dass sich die genannten Zahlen ohne besonderes Eingreifen der politischen Führung ergeben haben. Von den 50 Mio. Euro fließen nur etwa 40 Mio. zur Finanzierung des Haushaltes 2007 ein. Die restlichen Mittel von 9,5 Mio. Euro sollen in der Rücklage verbleiben. Die SPD-Fraktion hat hierzu den Antrag gestellt, die Verbesserungen in voller Höhe dem Haushalt 2007 zuzuführen, um dadurch eine

weitere Entlastung der Träger zu erreichen. Wir bewegen uns dabei auf der gleichen Linie, die die CDU in diesem Hause durch eigene Anträge immer wieder eingefordert hat: Keine eigenen Rücklagen beim LWV bilden und die Verbesserungen den Trägern zurückgeben. Die SPD-Fraktion hat sich in der Vergangenheit für den Erhalt des LWV mit seinen jetzigen Aufgaben ausgesprochen. Wir bekräftigen dies heute noch einmal und fordern die schnellstmögliche Beseitigung der herrschenden Unsicherheiten, damit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die hohe Motivation für ihre Tätigkeit nicht abhanden kommt.

Fotos: Jörg Daniel



Paradigmenwechsel konsequent zu Ende denken

MICHAEL THIELE | haushaltspolitischer Sprecher Bündnis 90/Die Grünen

Uns eint der Gedanke, behinderten Menschen in diesem Lande so sinnvoll und zweckmäßig wie irgendwie möglich zu helfen. Dieser Haushalt nimmt die innovativen Ansätze der neuen Mehrheit auf und versucht, sie mit überzeugender Schaffenskraft in die Realität umzusetzen. Das sind einerseits alle Bemühungen, die mit Sparsamkeit zu tun haben. Andererseits wollen wir wegkommen von einem Ansatz, der versucht, in Einrichtungen zu denken. Mit dem personenzentrierten Ansatz wagen wir einen Paradigmenwechsel. Ebenso treibt uns die Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen des

Landeswohlfahrtsverbandes um, die den kuscheligen Kokon des öffentlichen Dienstes demnächst verlassen werden, um sich einer harten, manchmal sehr bewegten Realität zu stellen.

Wir stehen zurzeit vor dem großen Problem, dass zum 31.12.08 die Zuständigkeit für das Betreute Wohnen auf die Landkreise übergeht. Dies widerspricht eindeutig dem gesetzlichen Auftrag, „Hilfen aus einer Hand“ zu gewährleisten. Unsere grüne Position ist klar: Ambulant und stationär gehört zusammen, und die Zuständigkeit liegt (im Moment) beim LWV. Dies hat auch die Ver-

bandsversammlung so gesehen.

Unser gemeinsames Ziel muss es sein, den humanen Aspekt der Hilfen in den Vordergrund zu stellen. Hilfen, die nicht bevorzugen, die nicht überfordern, die auch nicht unterfordern. Hilfen, die ein Höchstmaß an Selbststeuerung der Betroffenen zulassen, sind am Ende auch kostengünstig. Dieser Paradigmenwechsel konsequent zu Ende gedacht, wird am Ende die Frage überflüssig machen, ob die Eingliederungshilfe beim örtlichen oder beim überörtlichen Träger besser untergebracht ist.

Fotos: privat



Gesamtes System des Finanzausgleichs betrachten

JOHANNES BARON | Fraktionsvorsitzender FDP

Kaum ein Haushalt wird in Hessen derart stark kontrolliert, gesiebt, gewogen, wie der des Landeswohlfahrtsverbandes. Das ist gut so, denn immerhin zeigt dieser Haushalt ja auch Wirkung selbst für die kleinste Gemeinde, die dann wiederum über Umlagen an der Finanzierung beteiligt ist. Also ein großes Lob an die Verwaltung für diese umfassende, umfangreiche, sehr gute Arbeit! Wir haben zum Haushaltsplan keine Änderungsanträge gestellt. Wir stimmen dem Haushalt zu. Wir sehen darin ein Werk, das die gegenwärtige Situation korrekt abbildet und auch die richtigen Weichen in die Zukunft stellt. Die Opposition hat einen Änderungsantrag

gestellt. Es geht dabei um die Rücklage, die um 9,5 Mio. Euro verringert werden soll. Wir haben derzeit einen Hebesatz von 13,38 % angenommen. Was würde es bedeuten, wenn man dem Antrag auf Auflösung der Rücklage zustimmte? Der Hebesatz könnte auf 13,26 % reduziert werden. Der Kollege Schmidt hat zu Recht in diesem Zusammenhang von Psychologie gesprochen, denn jeder kann das auf seine Gebietskörperschaft herunterbrechen, was diese 12/100 konkret im Einzelfall bedeuten würden. Wir dagegen sagen, wir schauen ins nächste Jahr und haben doch Befürchtungen, dann könnte es erneut zu einer erheblichen Schwankung beim

Hebesatz kommen. Wir wollen die 9,5 Mio. deswegen als Schwankungsreserve vortragen. Die Risiken, die wir für 2008 sehen, sind steigende Fallzahlen. Wir sehen eventuell sinkende Umlagegrundlagen. Es ist nicht ausgemacht, dass sich die sehr guten Wirtschaftszahlen in der gleichen Form wiederholen. Der Verwaltungshaushalt kommt in seinen Ausgaben und Einnahmen ausgeglichen auf 1,322 Mrd. Euro. Die Verbandsumlage macht von den Einnahmen gut 888 Mio. Euro aus und ist damit im dritten Jahr stabil. Dafür können wir die politisch Verantwortlichen im Verwaltungsausschuss ausdrücklich belobigen, dass dies so wieder gelungen ist.

Fotos: privat



Schicksalsjahr für den LWV

REINER GUTH | finanzpolitischer Sprecher der FW

Erstaunlich erscheint es uns, dass in den letzten Jahren sehr positive Jahresabschlüsse erreicht werden konnten. Ein Grund dürfte sicherlich sein, dass - aufbauend auf einer teils unrealistischen Fallzahlprognose - überhöhte Haushaltsansätze gebildet wurden, die sich dann beim Jahresabschluss als „Einsparungen“ feiern lassen. Hier gilt es, die tatsächliche Entwicklung realistischer einzuschätzen. Aus diesem Grund ist der SPD/FW-Antrag auf vollen Einsatz aller verfügbaren Rücklage-Mittel mehr als gerechtfertigt! Selbst wenn diese zusätzlichen 9,5 Mio. Euro Restrücklage bei dem einzelnen Landkreis keine zusätzliche Haushaltsstabilität

erzeugen, so ist dennoch zu beachten, dass dieser Betrag von den Trägern nicht zusätzlich kreditiert werden muss. Für ebenso wichtig halten wir die psychologische Wirkung bei unseren Trägern: Wir müssen alles tun, um die Landkreise und kreisfreien Städte nicht unnötig in der gegenwärtig schwierigen Zeit zu belasten. Die Personalausgaben und der Stellenplan nehmen eine wichtige Rolle im alljährlichen Haushalt ein. Die seit 1998 eingeleiteten Maßnahmen in unserem Verband zeigen seit etwa drei Jahren greifbare positive Ergebnisse. Wichtig ist auch, dass in unserem Verband keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen werden.

Wenn wir auch eine altersmäßig im Mittel stehende Verwaltung haben, so ist es dennoch unbedingt notwendig, ein nachhaltiges Personalentwicklungskonzept zu erarbeiten. Gerade im Hinblick auf die künftige Ausbildung wie auch die altersbedingte Entwicklung in unserem Verband ist es wichtig, eine Grundstruktur in der Personalwirtschaft auszubilden. Übrigens ist es ein gutes Ergebnis, wenn sich die gesamten Personalausgaben im Verhältnis zu den Eckwerten 2007 leicht reduziert haben. Auch der Stellenplan zeigt eine rückläufige Tendenz und trägt somit zur Konsolidierung der Verbandsfinanzen bei.

Behindertenhilfe im Kalmenhof: Neue Angebote

Seit Kurzem bietet der Bereich Landhaus im Sozialpädagogischen Zentrum Kalmenhof ein zusätzliches Angebot für seine Bewohner/innen an: das Stationär Begleitete Wohnen für erwachsene Menschen mit einer geistigen Behinderung. Diese neue Wohnform soll auf das Betreute Wohnen vorbereiten. Insofern versteht sich das Stationär Begleitete Wohnen als ein begleiteter Übergang in ein selbstbestimmtes, selbstständigeres Leben, erläutert Hans Lang-Hagel, Pädagogischer Leiter des Kalmenhofs. In das Stationär Begleitete Wohnen können Menschen aufgenommen werden, die ihre Lebensführung mit Hilfe von Beratung und Assistenz täglich über mehrere Stunden allein organisieren können, auch sollen sie sich in einer emotional und psychisch stabilen Verfassung befinden. Gefördert wird durch einen individuellen Förderplan, der das Ziel eines Übergangs ins Betreute Wohnen verfolgt, in Ausnahmefällen aber auch eine dauerhafte Wohnform sein kann. Beispielsweise, wenn eine Betreuung im Betreuten Wohnen aus Altersgründen nicht mehr ausreicht, sagt Lang-Hagel.

Weiterer Neubau entsteht

Nach dem Neubau des Rudolph-Ehlers-Hauses wird in Kürze ein weiterer Neubau im Parkgelände, zwischen Rosenhaus und Buchenhaus, fertig. Dieses Gebäude ist als Ergänzungsbau dem Bereich Rosenhaus, geistig behinderte Kinder und Jugendliche, zuzurechnen. Auf dem ehemaligen Bolzplatz zwischen Buchenhaus und Rosenhaus wird ein Ergänzungsbau mit 20 Plätzen für geistig behinderte Kinder und Jugendliche errichtet, um das an Platzmangel leidende Rosenhaus zu entlasten und ein zeitgemäßes Angebot für seine Bewohnerinnen und Bewohner vorhalten zu können. Insgesamt werden im Bereich Rosenhaus bis zu 48 Kinder und Jugendliche in diversen Wohngruppen in Idstein und Niedernhausen-Königshofen betreut. (jda)



Erhält Ergänzungsbau: Rosenhaus im Sozialpädagogischen Zentrum Kalmenhof.

Foto: Volker Ramert

| Weitere Informationen bei den Kalmenhof-Mitarbeitern Jörg Köhnmann, Tel.: 0 61 26 / 23 - 3 08 (Landhaus) und Volker Ramert, Tel.: 0 61 26 / 23 - 2 31 (Rosenhaus).

16. Arbeits- und Begegnungsforum in Herborn: Teilleistungsstörungen

Teilleistungsstörungen wie z. B. Legasthenie (Lese-/Rechtschreibschwäche) oder Dyskalkulie (Rechenschwäche) standen diesmal im Mittelpunkt des 16. Arbeits- und Begegnungsforums, das die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters Rehbergpark zusammen mit der Stiftung FAMILIE LEBEN, Herborn, im März ausrichtete. Mit rund 120 Personen aus Medizin, Psychologie und Pädagogik war die Tagung gut besucht. Den thematischen Schwerpunkt stellten die familiären und emotionalen Probleme dar, die sehr oft mit Teilleistungsschwächen verbunden sind. Legasthenie und Dyskalkulie sind durchaus als Funktionsstörungen bei ansonsten normaler Begabung zu begreifen, allerdings sind sie oft auch „Maske“ ganz anderer

Störungen wie z. B. Konzentrationsproblemen oder einer eher bescheidenen Begabungsausstattung, die den Beteiligten als solches peinlich oder gar unerträglich wäre.

Als profunden Kenner dieser Thematik hatte die Klinik Prof. Dr. med. Dipl. Psych. Andreas Warnke von der kinder- und jugendpsychiatrischen Universitätsklinik Würzburg eingeladen. Er ging in seinem Hauptvortrag ausführlich auf biologische, psychologische und soziale Hintergründe der Teilleistungsstörungen ein. Warnke betonte die unzureichende Berücksichtigung dieser Störungen im Schulbetrieb, insbesondere bei der Benotung. Im Anschluss diskutierten die Teilnehmer des Forums in drei Arbeitsgruppen anhand von Fallbeispielen die Thematik. Es kam

dabei zu einem regen fachlichen Austausch, zumal die Gäste selbst Fallmaterial mitgebracht hatten. Solche Diskussionsrunden fördern positiv die regionale Zusammenarbeit der verschiedenen Berufsgruppen im Alltag - auch bei anderen Themen.

Der Ärztliche Direktor der Kinder- und Jugendpsychiatrie Herborn, Dr. med. Matthias Wildermuth, bedankte sich für das rege Interesse und wies auf die nächsten Arbeits- und Begegnungsforen der Klinik hin, die sich mit Kinder- und Jugendlichenpsychosomatik sowie mit der Frühbehandlung von Psychosen beschäftigen werden. Herbert Seitz-Stroh/(rvk)

| Nähere Informationen dazu bei: ute.benner@rehbergpark.com

Türkisch-Deutscher Dialog

Deutsche und europäische Standards bei der Hilfe für Kinder, Jugendliche und benachteiligte Menschen standen im Mittelpunkt des Besuchs einer 7-köpfigen Delegation von Experten aus dem Amt für Kinder und Jugend der türkischen Republik, die im März in der LWV-Regionalverwaltung in Wiesbaden zu Gast war. Der türkische Staat ist seit einigen Jahren dabei, sein politisches und rechtliches System an die Vorgaben anzupassen, die im Zusammenhang mit den Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union stehen. Aus diesem Grund waren die Experten des Amtes, das direkt dem Ministerpräsidenten unterstellt ist, örtliche Anlaufstellen in allen 81 türkischen Provinzen unterhält und insgesamt rund 14.000 Mitarbeiter beschäftigt, nach Deutschland gekommen, um sich bei verschiedenen öffentlichen und nicht-öffentlichen Aufgabenträgern zu informieren. In Wiesbaden machten sie sich zunächst mit den



Interesse am System deutscher Sozialleistungen: Delegation des türkischen Amtes für Kinder und Jugend, unter ihnen die LWV-Mitarbeiter Reiner Harles (stehend, 4. v. l.) und Mustafa Turan (stehend, 3. v. r.).

Foto: Stephan Lauer

deutschen Verwaltungsstrukturen vertraut, die sachverständig von den LWV-Mitarbeitern Reiner Harles und Mustafa Turan erläutert wurden. Auf besonderes Interesse stießen die betriebswirtschaftlichen Instrumente, die der LWV einsetzt, um mehr Transparenz in das Kosten- und Leistungsgeschehen zu bringen. Dazu ließen sich die türkischen Fachleute Controlling- und Berichtsw-

sen sowie das DV-Verfahren ANLEI zur Leistungsgewährung erläutern. Vermittelt wurde der Besuch von der Türkisch-Deutschen Gesundheitsstiftung, die ihren Sitz in Gießen hat. (jda)

| Weitere Informationen bei: Reiner Harles, Tel.: 06 11 / 1 56-2 56, und Mustafa Turan, Tel.: 05 61 / 10 04 – 27 39.

Psychiatrisches Kompetenzzentrum seit 1535



13 aus der „AG 25“: Sie entwickelten das Leitbild des Philippsospitals. Foto: Angelika Pennrich

Leitbilder sind strategische Ziele der Unternehmensentwicklung, sie sollen zugleich die gelebte Unternehmenskultur widerspiegeln. Wichtig daher: Sie dürfen nicht auferlegt sein, sondern müssen einem möglichst breiten betrieblichen Verständigungsprozess entspringen. Gab es diesen nicht, fehlt vor allem Eines: die Identifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit

dem fixierten Selbstverständnis des Unternehmens. Auch in den Fluren aufgehängene farbige Plakate oder in der Kantine eifrig verteilte Handzettel können dann nur sehr beschränkt Überzeugungskraft entfalten. Als im ZSP Philippshospital im Rahmen des Qualitätsmanagements auch die Entwicklung eines Leitbildes auf der Tagesordnung stand, entschied sich die Betriebs-

leitung dafür, dies in einem kommunikativen Prozess zu tun. Auf in Führungslinien und in einem Workshop Vorgedachtes konnte sich die „AG 25“ – überwiegend zusammengesetzt aus Kräften der mittleren Führungsebene – stützen, als sie zusammenkam, um einen ersten Text zu formulieren. Der Appell zu einer möglichst breiten Beteiligung („Die Leidenschaft für eine Vision ist das Potenzial für unsere Zukunft und Entwicklung“) blieb nicht ungehört, neben der AG 25 traten weitere kleinere Arbeitsgruppen zusammen, Texte wurden in den Betriebszweigen rückgekoppelt und überarbeitet. Schließlich fand das Leitbild Eingang in die Handbücher zum Qualitätsmanagement. Inzwischen wissen alle Klinikbeschäftigten: Einer Zertifizierung folgt die Re-Zertifizierung, auch ein Leitbild ist nichts Statisches. Es verträgt vor allem die (selbst-)kritische Frage, ob es in der betrieblichen Praxis auch stete Beachtung und Anwendung findet. Licht und Schatten wollen nun die Riedstädter ausleuchten, um noch besser zu werden. Enger zusammengerückt sind sie durch die gemeinsam erarbeitete Plattform bereits. (jda)

| Weitere Informationen bei: Christine Lohr, Tel. 0 61 58 / 1 83 – 2 98.

Medizin und Karitas



Der Dienst am Kranken: PD Dr. Christina Vanja (r.) überreicht den ersten Ausstellungsband an Dr. Joachim Felix Leonhard, bis vor kurzem Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst.

Foto: Rainer Kieselbach

Im März ist unter Mitwirkung des LWV die Ausstellung „Elisabeth in Marburg. Der Dienst am Kranken“ eröffnet worden. In der Ausstellung im Marburger Landgrafenschloss wird an Leben, Wirken und Nachwirken der von Christen beider Konfessionen ebenso wie von anderen sozial engagierten Menschen verehrten Elisabeth von Thüringen (1207 – 1231) erinnert, die sich in der mittelhessischen Stadt als Witwe eines thüringischen Grafen während ihrer letzten Lebensjahre aufopferungsvoll und Vorbild gebend um kranke, schwache und arme Menschen kümmerte. Die Ausstellung wird vom Marburger Universitätsmuseum gezeigt, das bei wissenschaftlicher und konzeptioneller Vorbereitung von der Leiterin des LWV-Archivs, PD Dr. Christina Vanja, sowie der Emil-von-Behring-Bibliothek für Geschichte und Ethik der Medizin unterstützt wurde.

Wissenschaftsminister Udo Corts, Oberbürgermeister Egon Vaupel und Universitätspräsident Prof. Dr. Volker Nienhaus konnten zur Eröffnung eine große Zahl geladener Gäste und die Teilnehmer eines internationalen Seminars zur Geschichte der Krankenpflege begrüßen.

In ihrem Festvortrag erläuterte die LWV-Historikerin die verschiedenen zeittypi-

schen Inszenierungen von der Hospitalpflege zum modernen Krankenhaus. So beginnt die Ausstellung mit einer Rekonstruktion des Franziskushospitals. Heilung wurde damals als Beweis von Gottes Gnade verstanden. Der Heilung sollten pflanzliche Arzneien und regelmäßige Speisen dienen. Als Beispiel für ein Hospital im 18. Jahrhundert wird die räumliche Situation für das Hospital Haina vorgestellt, in dem sich Krankenpflege nach Gründung der hohen Hospitäler als öffentliche Aufgabe neben der Karitas repräsentiert. Dazu gehörte ein regelhaftes Aufnahme- und Behandlungsverfahren. Apotheke, Garten und Bibliothek waren als therapeutische Hilfsmittel einbezogen. Erst seit dem 20. Jahrhundert kann das moderne Krankenhaus auf vorrangig naturwissenschaftliche Kenntnisse zurückgreifen und bezieht neue Mitarbeiter ein, um deren spezifisches Wissen bei Diagnose und Therapieangeboten zu nutzen. Mit der Hospizbewegung der letzten Jahrzehnte, die im Gegensatz zur Intensivmedizin gezeigt wird, scheint sich ein Kreis zu schließen: Neben den technikdominierten Kliniken der modernen Medizin gewinnt die Karitas, wie sie von der Heiligen Elisabeth vorgelebt wurde, mit dem ehrenamtlichen Hilfeangebot auch als Sterbebegleitung wieder eine

zentrale Aufgabe, die die professionelle Pflege sinnvoll ergänzt.

| Im nachfolgendem Text wird der Ausstellungsband vorgestellt.

Gang durch die Geschichte der Krankenversorgung

Der Katalog enthält neben dem Grußwort des Hessischen Staatsministers für Wissenschaft und Kunst, Udo Corts, und dem Vorwort des Direktors des Universitätsmuseums sieben selbstständige Aufsätze zu den Themen: Das Hospital in Marburg, die Ausgrabungen an der Elisabethkirche, Medizin und der Dienst am Kranken im Mittelalter, das hessische Hohe Hospital Haina in der frühen Neuzeit, der Dienst am Kranken im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Behandeln, Leben und Sterben im modernen Krankenhaus und Seelsorgerische Begleitung von kranken und sterbenden Menschen.

Der Katalog stellt die unterschiedlichen epochenspezifischen Einrichtungen zur Krankenversorgung und die jeweiligen Ausstellungsräume mit ihren Installationen ausführlich vor. Dadurch ergibt sich ein sehr guter Überblick, der neben der Baugeschichte des Hospitals, die unterschiedlichen Architekturepochen der Elisabethkirche nutzt, um das eigentliche Thema Krankendienst und die Entwicklung zur Pflege im 20. Jahrhundert anschaulich und in ihrer historisch differenzierten Vielfalt auszubreiten. Die Beiträge können so den Wandel von der wenig einheitlichen mittelalterlichen Krankheitslehre zwischen Religion, Aberglauben und Volksmedizin zur neuzeitlichen Medizin und Pflege auf naturwissenschaftlicher Basis aufzeigen. Die Entwicklung der verschiedenen Hospitäler als zentrale stationäre Hilfsangebote wird sowohl bei Klöstern als auch in den Städten durch charakteristische Merkmale aufgezeichnet. Am Beispiel des Klosters Haina werden die säkularisierten Formen und Inhalte der öffentlichen Unterstützung durch die Landesherrschaft demonstriert.



Regionale Versorgungsvorgaben für die Landbevölkerung, geordnete Aufnahmeverfahren, die an heutige Begutachtungen vor stationären Hilfen erinnern, sind in ähnlicher Weise exemplifiziert wie die Versuche, Patienten mit gleichen Krankheiten sinnvoll einheitlich zu

in der Intensivmedizin.
Dr. Peter Barkey

| Paul Jürgen Wittstock (Red.): Elisabeth in Marburg. Der Dienst am Kranken, Marburg 2007, 15 Euro

versorgen. Wirkliche Therapieangebote nach heutigem Verständnis imponieren allerdings erst im 19. und 20. Jahrhundert, als naturwissenschaftliche Fortschritte, die Medizin und Pflege im Krankenhaus neu fundieren und in die als „Apparate-Medizin“ bezeichneten technologisch orientierten Kliniken einmünden. So bietet der in den letzten Jahrzehnten entwickelte ambulante Hospiz- und Palliativ-Pflegedienst sicher eine notwendige Ergänzung zum stationären Krankendienst als Medizin- und Pflegemanagement - beispielsweise

Steinharte Therapie

„Spannungen abbauen, Ausdauer und Konzentrationsfähigkeit verbessern, Widerstände überwinden“ - Kunst- und Ergotherapie gehören zum festen Programm einer stationären psychiatrischen Behandlung. Eine Besonderheit: In der Marburger Klinik des LWV können sich Patienten mit dem Material Stein auseinandersetzen. Erst kürzlich konnte PD Dr. Matthias J. Müller, Ärztlicher Direktor der Klinik, interessierten Gästen für das Arbeiten mit Stein neu in Betrieb genommene Räumlichkeiten vorstellen. Etwas „ganz Reales“ sei das Gestalten mit Stein, ist sich Arbeitstherapeut Hans Heinrich Thielemann sicher. Er betreut die Patienten in der Werkstatt und leitet sie an. Stein eigne sich zur Arbeiterprobung und zur Anregung für die Freizeitgestaltung. Die Patienten erstellen Plastiken, Figuren und Mosaik aus Speck-, Sand- und anderen Steinen.
André Wollenschläger/(jda)



Patient Christoph Rittel arbeitet in der Marburger Ergotherapie an einem Relief.

Foto: KPP Marburg

Drei Fragen an den Experten



Knut Kelsch, Suchtbearbeiter des LWV.

Foto: Jörg Daniel

Arbeitskreis Sucht: Unterstützung beim Ausstieg

LWV-Info: Seit fast fünf Jahren gibt es beim LWV einen innerbetrieblichen Arbeitskreis, der sich mit Gesundheitsförderung, vor allem aber mit Suchtprävention befasst. Warum wurde dieser AK eingerichtet?

Kelsch: Die Initiative ging vom Gesamtpersonalrat aus. Suchtgefährdeten oder suchtkranken Kolleginnen und Kollegen frühzeitig Perspektiven aufzuzeigen, wie sie mit betrieblicher Unterstützung eine Lösung ihrer Suchtprobleme in Angriff nehmen können, wurde Aufgabe des Arbeitskreises.

LWV-Info: Wenn bekannt wird, dass bei einem Mitarbeiter ein Suchtproblem besteht, wie geht der AK dann vor?

Kelsch: Er übernimmt nicht selbst die Aufgaben der innerbetrieblichen Suchthilfe. Konkrete Einzelfallhilfe kann er nicht leisten. Vielmehr ist der Arbeitskreis ein Steuergremium zur Umsetzung des Suchtpräventions- und Suchthilfeprogramms. Die betrieblichen Suchthelfer bieten ihren Kollegen in partnerschaftlicher Form Gesprächsmöglichkeiten an. Ziel dieser Gespräche ist es, zur Behandlung zu motivieren. Daneben stehen grundsätzlich auch die Mitglieder des Arbeitskreises, die gegenüber Dritten der Schweigepflicht unterliegen, als Ansprechpartner zur Verfügung.

LWV-Info: Nach einem Sechs-Stufen-Plan erhalten suchtkranke Mitarbeiter Unterstützung. Was bedeutet dies genau?

Kelsch: Nach dem Plan werden Mitarbeitern verbindliche Hilfen zur Verfügung gestellt, die die Gesundheit wiederherstellen und den Arbeitsplatz erhalten sollen. Besondere Bedeutung kommt den Führungskräften zu, die das Stufenplanverfahren zu verwirklichen und die Gespräche nach den aufgegebenen Schritten durchzuführen haben. Notwendig ist die Qualifikation der Führungskräfte für die Durchführung der Gespräche mit den Mitarbeitern. Aus diesem Grund gibt es im Rahmen der Fortbildung die Pflichtveranstaltung „Suchtprävention als Führungsaufgabe“.
André Wollenschläger/(jda)

| Weitere Infos auch unter: www.suchtwoche.de



Nachbar unter Nachbarn: Das Haus der Wohngruppe Halgehausen.

Foto: HPE Haina (Kloster)

Halgehausen: Erster Schritt zu HPEs

Vor 20 Jahren, im Februar 1987, zogen die ersten Bewohner/innen in die Wohngruppe Haina-Halgehausen ein. Mit dem Umzug wurde ein Pilotprojekt im LWV eingeläutet: Nach Halgehausen zogen Menschen mit geistiger Behinderung aus der stationären Psychiatrie in eine offene Wohnform. Sie erhielten – einige von ihnen erstmals nach Jahrzehnten – die Möglichkeit, einen eigenen Lebensstil für sich umzusetzen und Zukunftspläne zu entwickeln. Die

Wohngruppe hatte den ausdrücklichen Auftrag, ihren Bewohnern einen Weg in Einrichtungen ihrer Herkunftsregion zu ebnen. Nicht in allen Fällen konnte das gelingen. Manche nutzten die Wohngruppe, um in ihre Herkunftsregionen zurückzukehren, andere fanden in Halgehausen eine neue Heimat – als Nachbar unter Nachbarn. In allen Fällen gelang es, den Bewohnern einen Weg zur gesellschaftlichen Teilhabe zu öffnen, der ihnen teilweise lange versperrt

war. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass fast alle Bewohner heute in einer Werkstatt für behinderte Menschen in Frankenberg arbeiten. Nach den positiven Erfahrungen in Halgehausen blieb es nicht beim Pilotprojekt: Bereits 1987 wurde beim LWV ein Referat für Heilpädagogische Einrichtungen (HPE) eingerichtet, Anfang 1989 zogen alle Menschen mit geistiger Behinderung aus der Hainaer Psychiatrie, wie auch aus vier weiteren psychiatrischen Kliniken, in die neu gegründeten HPEs. Dabei blieb niemand im Krankenhaus zurück, für alle Menschen mit Behinderung wurde der Weg der Integration geöffnet. Die 15 Bewohner, die Mitarbeiter der Wohngruppe, die teilweise seit Beginn dabei sind, sowie Angehörige feierten ihr Jubiläum zunächst mit einer hausinternen Feier. Im Sommer möchte man auch seine Nachbarn dabei haben, denn dann steht ein großes Fest an, zu dem das ganze Dorf Halgehausen mit seinen Vereinen eingeladen werden soll. Axel Goerlach/(jda)

Demenz-Netzwerk in Marburg



Das Kognitive Training spielt in der Pflege von älteren Menschen eine gewichtige Rolle. Foto: Dieter Becker

schon Erkrankten. Hierzu gehört die Demenz, eine unspezifische Sammelbezeichnung für verschiedene Krankheitsbilder, die durch schwerwiegende, meist fortschreitende Einbußen geistiger Leistungsfähigkeit gekennzeichnet sind. Bedeutendste Form der Altersdemenz ist die Alzheimer'sche Krankheit

(siehe LWV-Info Nr. 4/2005). Dementielle Erkrankungen sind, von Ausnahmen abgesehen, nicht heilbar. Sowohl Dimension als auch Symptomatik der Erkrankungen gebieten eine regional vernetzte Zusammenarbeit aller, die bei der Versorgung und Behandlung von Menschen mit psychischen Erkrankungen im höheren Lebensalter beteiligt sind.

Ein solches Netzwerk in Mittelhessen ist der gerontopsychiatrische Verbund

Marburg-Biedenkopf, dem auch die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie (KPP) Marburg-Süd des ZSP Mittlere Lahn angehört. Im Verbund werden multiprofessionelle und interdisziplinäre ambulante, teilstationäre und vollstationäre Angebote, von der Früherkennungsdiagnostik bis hin zur Sterbebegleitung, in der Region zusammengeführt. Im März lud der Verbund zu einem Symposium in die Marburger LWV-Klinik ein, in deren Mittelpunkt die Versorgungssituation von Demenzpatienten in Mittelhessen stand. Diese sei vergleichsweise gut, hieß es während der Tagung, wenngleich bei geschätzten 600 Neufällen pro Jahr eine Herausforderung auf alle Beteiligten warte. Neben fachlichen Informationen zu neuen, praxisrelevanten Aspekten und einem engeren Zusammenrücken konnten die Teilnehmer in Führungen gerontopsychiatrische Station und Tagesklinik der Marburger KPP näher kennenlernen. (jda)

| Weitere Informationen zu dementiellen Erkrankungen gibt es auf der Internetseite www.zsp-mittlere-lahn.de/kpp-marburg

Der demografische Wandel wird das Gesicht unserer Gesellschaft nachhaltig verändern: Geburtenrückgang und die damit verbundene Bevölkerungsabnahme drohen nach heutiger Erkenntnis zu einer Entleerung ländlicher Räume zu führen, die in den letzten Jahrzehnten spürbar angewachsene Lebenserwartung macht die meisten westlichen Industriestaaten zu alternden Gesellschaften. Mit steigendem Altersdurchschnitt wächst auch die Zahl alterstypi-

Ambulante Beschulung von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen

Die Rehbergschule bietet als Förderschule, die der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters (KPPKJ) Rehberg in Herborn angegliedert ist, externen Schülerinnen und Schülern des Lahn-Dill-Kreises und in Ausnahmefällen anderer Landkreise eine übergangsweise ambulante Beschulung an. Das heißt, Jungen und Mädchen mit der fachärztlichen Diagnose einer psychischen Erkrankung können kurz vor oder direkt im Anschluss an eine stationäre Behandlung die Rehbergschule besuchen. Damit soll zu einer schulischen psychosozialen Stabilisierung der Kinder und Jugendlichen beigetragen sowie die Rückkehr in die Stammschule bzw. eine Integration in eine neue Regelschule unterstützt werden.

Dieses Vorgehen ist innovativ, weil unterschiedliche Institutionen des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens (Klinik, Stammschulen und Jugendämter) kooperieren und so therapeutische und pädagogische Maßnahmen gebündelt werden können.

Heike Hansen/(rvk)



Aufräumarbeiten nach Kyrill.

Foto: Manfred Albus

Orkan „Kyrill“ traf auch LWV-Forsten

Als „Kyrill“ im Januar dieses Jahres über das Land fegte und allerorts erheblichen Schaden anrichtete, blieben die Forsten des LWV nicht verschont: Alle Reviere der Stiftungsforsten Kloster Haina verzeichnen erhebliche Windwurfschäden. Rund 110.000 bis 120.000 Festmeter Holz - zu 90 Prozent Fichte - zerstörte der Orkan insgesamt im LWV-Wald. Das ist rund zweimal soviel, wie planmäßig pro Jahr eingeschlagen wird. „Mittlerweile leiden alle Forstbetriebe wegen des Windwurf-Überangebotes und der vollen Läger in den Sägewerken unter sinkenden Preisen und stockender Abfuhr. Ein großer

finanzieller Posten wird demnächst die Instandsetzung der besonders stark beanspruchten Waldwege darstellen. Ein weiterer wirtschaftlicher Schaden wird durch eine kostenintensive Wiederbewaldung der Kahlfelder in den kommenden Jahren entstehen“, erläutert der Leiter der Stiftungsforsten, Manfred Albus.

Die Aufräumarbeiten, so schätzt Albus, werden weit bis ins kommende Jahr reichen. Auch dann könne erst der ungefähre Schaden durch Borkenkäfer beziffert werden, da dieser von der Witterung in diesem Sommer abhängt. (rvk)

Stiftungsforsten an Forschungsprojekt beteiligt

Die LWV-Stiftungsforsten Kloster Haina haben sich an einer Forschungsstudie über den Wildkatzenbestand im Kellerwald beteiligt.

Die Wildkatze steht als eine besonders bedrohte Säugetierart auf der so genannten Roten Liste. In Hessen gibt es noch zwei bedeutende Wildkatzenpopulationen im nordosthessischen Bergland und im Taunus. Die Verbindung zwischen beiden Arealen führt durch den Kellerwald und den Burgwald, in denen jedoch ein Vorkommen der Wildkatze nicht nachgewiesen ist. Die Forschungsstudie versuchte in den vergangenen Wintermonaten mit Hilfe der örtlichen Forstämter Hinweisen auf ein mögliches Vorkommen nachzugehen. Die Stiftungsforsten Kloster Haina

haben sich beteiligt und in ihrem Areal Pflöcke für die so genannte nicht invasive Lockstock-Methode aufgestellt.

„Dabei werden mit Baldrian besprühte Holzpflöcke in regelmäßigen Abständen auf Haare der Wildkatzen untersucht. Insbesondere während der Paarungszeit suchen die Tiere diese Punkte auf, um sie mit eigenen Duftstoffen zu markieren. Bisher ist noch kein Nachweis gelungen, so dass der Versuch unter Umständen im kommenden Winter wiederholt werden soll“, so Leiter der Forstdirektor Manfred Albus zu den Erkenntnissen. (rvk)

| Weitere Informationen zur Studie bei:
Achim.frede@forst.hessen.de

Neue GJAV gewählt

Der 19-jährige Verwaltungswirt Kai Hofmeyer aus der LWV-Hauptverwaltung steht für die kommenden zwei Jahre an der Spitze der Gesamtjugend- und -auszubildendenvertretung (GJAV). Zur ersten Stellvertreterin wurde Sabrina Bienert, Fachangestellte für Bürokommunikation in Kassel, gewählt. Zweite stellvertretende Vorsitzende wurde die Krankenpflegerin Nadine Scheffel aus dem ZSP Haina. Weiterhin gehört dem Gremium Julia Hebermehl, Krankenpflegerin im ZSP Philippshospital, an. Im Januar hatten Auszubildende und Anwärter im LWV ihre Interessenvertreter neu bestimmt, die Konstituierung mit der Wahl des Vorstandes fand im Februar statt.
André Wollenschläger/(jda)

Bei der Ausstellungseröffnung in Kassel (v. l.): Antoniusheim-Ehrenamtskoordinatorin Anica Dietrich, Ehrenamtler Hans-Adolf Faust, LWV-Mitarbeiter Dieter Mühlhausen, Ehrenamtlerin Irene Sander, Geschäftsführer Rainer Sippel und Erste Beigeordnete Evelin Schönhut-Keil. Foto: Jörg Daniel

Ehrensache Ehrenamt

„Eigentlich hätte Deine Mundharmonika mit aufs Foto gemusst“, scherzt Hans-Adolf Faust. „Ja“, gibt Walter Szymanski lachend zurück, „die habe ich immer dabei. Ich ohne meine Mundharmonika – das gibt’s eigentlich gar nicht.“ Man spürt sofort, dass eine gewachsene Vertrautheit zwischen den beiden besteht, Anspielungen lassen gemeinsame Erlebnisse erkennen. Der 81-jährige Walter Szymanski lebt seit 1940 in der Wohngruppe Josef des Fuldaer St. Antoniusheimes, Hans-Adolf Faust betreut ihn ehrenamtlich. Alle drei Wochen machen sie einen gemeinsamen Ausflug, einmal in der Woche telefonieren sie miteinander. Bei den Ausflügen stehen Geselligkeit, Musizieren und Gesang auf dem Programm – natürlich kommt dann Walter Szymanskis Mundharmonika zum Einsatz –, aber auch Fahrten in die Rhön oder Theaterbesuche werden unternommen. Das Foto mit den beiden ist Teil einer Ausstellung zur ehrenamtlichen Arbeit in der Fuldaer Einrichtung, die im April und Mai vier Wochen im Ständehaus



gastierte, Walter Szymanski und Hans-Adolf Faust waren bei der Eröffnung dabei.

Rund 180 Menschen engagieren sich im Antoniusheim in ganz unterschiedlicher Weise ehrenamtlich, Art und Umfang bestimmen sie selbst. Ansprechpartnerin für Interessierte und Aktive ist die Ehrenamtskoordinatorin Anica Dietrich. Bei ihr laufen die Fäden zusammen: Erste Kontakte zu Menschen, die sich engagieren wollen, entstehen dort. Kolleginnen und Kollegen melden sich bei Anica Dietrich, wenn sie Einsatzmöglichkeiten für Ehrenamtler sehen. Besonders wichtig: Auch für die Betreuung der Aktiven sorgt die studierte Pflegewirtin. Sie sollen sich auch untereinander kennenlernen. Durch gemeinsame Veranstaltungen erfahren sie, dass ihre Arbeit bei der Leitung des heilpädagogischen Zentrums besonders

geschätzt wird, erhalten Dank und Anerkennung. In der Vergangenheit, sagte Erste Beigeordnete Evelin Schönhut-Keil bei der Ausstellungseröffnung, gab es Befürchtungen, die Qualität von Pflege und Betreuung könne leiden, wenn ehrenamtliche Mitarbeiter hauptberufliches Personal verdränge. Diese Bedenken hätten sich jedoch längst zerstreut, bestätigt auch Antoniusheim-Geschäftsführer Rainer Sippel: Ehrenamtliche Tätigkeit setze dort ein, wo professionelle Pflege und Betreuung aufhören. Beide Gruppen ergänzen sich in idealer Weise, so wie Hans-Adolf Faust und Walter Szymanski, die den sonnigen Tag noch zu einem Bummel durch Kassel nutzten. (jda)

| Fragen zum Ehrenamt im St. Antoniusheim beantwortet Anica Dietrich unter Tel.: 06 61 / 10 97 – 2 04.

Auszeichnung an LWV-Postprofis

Trotz Telefon, E-Mail und Internet ist und bleibt die Poststelle eines Unternehmens eine unentbehrliche Schnittstelle für die

Kommunikation nach „Draußen“. Dass die beim LWV funktioniert und aus professionellen wie auch engagierten Mitarbeitern besteht, unterstrich Landesdirektor Uwe Brückmann, als die LWV-Hauptverwaltung im Februar von der Deutschen Post AG als „Kunde des Jahres“ ausgezeichnet wurde. Bei einem Gesprächstermin lobte

Gute Arbeit geleistet (v. l.): Michael Geister, Matthias Müller, Michael Jack, Rainer Wiegand und Bernd Birkhoven von der LWV-Poststelle in Kassel. Zum Team gehört außerdem Martin Hutter. Foto: Jörg Daniel

Post-Vertriebsmanager Dieter Josefiak die qualitativ herausragende Vorbearbeitung der Postsendungen. Die Deutsche Post AG, betonte der Postmanager, schätze die langjährige sorgfältige und exakte Arbeit der LWV-Poststelle mit Leiter Rainer Wiegand an der Spitze. Dieser sah die Auszeichnung für sein Team als Motivation für die Zukunft. Sichtlich erfreut nahmen Wiegand und seine Mitstreiter die Urkunde der Post entgegen. Die LWV-Verwaltungen in Kassel, Darmstadt und Wiesbaden versenden ihre gesamte Briefausgangspost über die Deutsche Post AG. Die Portokosten beliefen sich 2006 auf insgesamt 330.000 Euro. Mit Auslaufen des Briefmonopols in 2008 werden weitere Anbieter auf dem Markt erwartet, die ein vergleichbares Leistungsspektrum erbringen. (jda)



Erfahrung hat Zukunft!



Hessen im Dialog



Bis 2050 wächst der Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre von 19 % (2005) auf rund 33 %. Diese Entwicklung bringt gravierende Folgen für Alterssicherung, Gesundheit und Pflege, aber auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland mit sich. Deutschland, auch Hessen, wird älter - schon entstehen Bedrohungsszenarien, Verunsicherung macht sich breit. „Von wegen altes Eisen...Erfahrung hat Zukunft“: Weg von der Angstdebatte, hin zu den Chancen einer Gesellschaft im demografischen Wandel wendet sich der öffentliche Jahreskongress der Reihe „Hessen im Dialog“, der am 22. August 2007 in Wiesbaden stattfindet. Seine Leitfrage: Wie kann eine moderne, in die Gesellschaft integrierte Lebensgestaltung älterer Menschen aussehen und welche Rolle kann insbesondere die stetig

wachsende Gesellschaftsgruppe der gesunden, aktiven und leistungsbereiten älteren Menschen, der so genannten „Best Ager“, spielen? Moderne Altersbilder, Zukunftsmodelle und Leuchttürme für soziale Gestaltungschancen und Teilhabe in Ehrenamt und Familie, neue soziale Rollen & Räume, flotte Fitnessprogramme und dem Alter angemessene Produkte und Dienstleistungen, angepasste Wohnformen, altersgerechte Erwerbsarbeit und nicht zuletzt lebenslanges Lernen sind die Themen der Veranstaltung, die neben dem Fachpublikum insbesondere auch die interessierte oder betroffene Öffentlichkeit anspricht, darunter vor allem die hessischen Seniorinnen und Senioren.

Die ganztägige Veranstaltung der Hessischen Staatskanzlei bietet ein vielfälti-

ges Programmangebot mit prominenten und ausgewiesenen Experten in Vorträgen, Diskussionspodien, Impulsgesprächen und Arbeitsforen. Kreativität und Vielfalt werden auch den „Markt der Möglichkeiten“ kennzeichnen. Parallel zur Wortveranstaltung präsentieren sich dort Institutionen, Verbände, Initiativen und Firmen und treten in direkten Kontakt mit Fachleuten und der interessierten Öffentlichkeit. Besonderer Höhepunkt: Zur Eröffnung des Kongresses erwarten die Veranstalter Bundeskanzlerin Angela Merkel. (jda)

[| Weitere Informationen, auch Programm des Kongresses unter www.hessen.de](http://www.hessen.de)
Ministerpräsident > Kongresse und Initiativen

Forensikbeiräte gehen in zweite Amtsperiode

In den vergangenen Monaten trafen sich die Mitglieder der acht Beiräte an den hessischen forensischen Kliniken zu ihren konstituierenden Sitzungen der zweiten Wahlperiode. Mit der Bestätigung durch den LWV-Verwaltungsausschuss können sie ihre Arbeit in den kommenden fünf Jahren fortsetzen.

Im März 2002 nahm der erste Forensikbeirat am Zentrum für soziale Psychiatrie Kurhessen seine Arbeit auf, um im Vorfeld der Einrichtung einer forensischen Klinik zu informieren und Verständnis zu schaffen. Aufgrund der guten Erfahrungen in Bad Emstal beschloss die Verbandsversammlung im

Oktober 2002 im Einvernehmen mit dem Hessischen Sozialministerium die Einrichtung von Forensikbeiräten an allen Kliniken für forensische Psychiatrie. Mittlerweile bestehen acht Beiräte an den LWV-Standorten in Bad Emstal, Eltville, Hadamar, Haina, Hanau, Gießen, Marburg und Riedstadt, die dazu beitragen in der Bevölkerung Verständnis für den Maßregelvollzug zu wecken und die Arbeit in den forensischen Kliniken transparent werden zu lassen. „Heute sind die Forensikbeiräte als Bindeglieder zwischen Klinik und Bürgern nicht mehr wegzudenken“, resümiert LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann. (rvk)

Rotary-Club unterstützt Rehbergschule

„Lesen lernen – Leben lernen“ hieß das Bildungsprojekt des Rotary-Clubs Deutschland in dessen Rahmen der Rotary-Club Westerwald der Rehbergschule, Schule für Kranke an der LWV-Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters, 50 Bücher für Erstleser überreichte. Zu diesen Büchern für den Grundschulbereich wurde den Lehrern professionell aufgearbeitetes didaktisches Material zur Verfügung gestellt. „Wir haben uns riesig über die großzügige Buchspende gefreut, hat die Leseförderung an unserer Schule doch einen hohen Stellenwert“, erläutert Schulleiterin Heike Hansen. (rvk)



Zukunftsweisende Ausbildung mit Notebook im ZSP Hochtaunus.

Foto: Dieter Becker

„Mobiles Lernen“ in der Krankenpflegeschule

Das ZSP Hochtaunus gewährt seinen Auszubildenden auf Wunsch ein Darlehen zur Anschaffung eines Notebooks, einem tragbaren Computer. Diese ungewöhnliche Hilfe hat ihren Ursprung in einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die besagt, dass Schülerinnen und Schüler, die im Unterricht einen Computer nutzen, im Durchschnitt bessere Noten erreichen. Diese Erfahrung machte auch Thomas Beßen, Leiter der ZSP-Schule für Gesundheits- und Krankenpflegeberufe, als er drei Auszubildenden versuchsweise erlaubte, mit ihrem eigenen

Notebook im Unterricht zu arbeiten. Die Vorteile wollte Beßen allen Auszubildenden zuteil werden lassen und wandte sich daher an die ZSP - Geschäftsführung, als klar war, dass die finanziellen Mittel der meisten Auszubildenden für den Kauf nicht reichen würden. Ganz unbürokratisch erhielten diese einen Kredit des ZSP, den sie in kleinen Raten bis zum Ausbildungsende zurückzahlen. „Mittlerweile sind die Notebooks im Einsatz und tragen unserem Anspruch nach einer zukunftsweisenden Ausbildung für eine moderne Pflege vollauf Rechnung“, bilanziert Schulleiter Thomas Beßen. (rvk)

4. Psychoedukationskongress

Der 4. Deutsche Psychoedukationskongress fand Anfang März 2007 unter Beteiligung der Walter-Picard-Klinik, Riedstadt in Darmstadt statt. Der Kongress, der sich an Ärzte, Psychologen und Pflegepersonal richtete, ging mit Vorträgen und Workshops der Frage nach, welchen Stellenwert Psychoedukation im Spektrum des Gesamtbehandlungsplans seelischer Krankheiten hat. Als Psychoedukation wird die Schulung von Menschen bezeichnet, die an einer psychischen Störung leiden. Ziel der Psychoedukation ist, die Patienten zu befähigen, ihre Krankheit besser zu verstehen und besser mit ihr umgehen zu können. (rvk)

| Nähere Informationen:
hartmut.berger@zsp-philippshospital.de

Europa rückt näher

Nach der bereits seit mehreren Jahren bestehenden Partnerschaft des Waldkrankenhauses Köppern mit der Psychiatrischen Klinik in Siauliai hat nun auch das ZSP Philippshospital Kontakte zu Einrichtungen des litauischen Gesundheitswesens aufgenommen. Im vergangenen Herbst war eine kleine Riedstädter Delegation zu Gast in den Krankenhäusern von Taurage und Sveksna. Im Mittelpunkt des Besuches in Taurage stand eine Fachtagung, bei der sich deutsche und litauische Experten zum jeweiligen Krankenhausmanagement, aber auch zu Fragen von Therapie und Krankenpflege austauschten. Bei einer Visite auf einer psychiatrischen Station gewannen die deutschen Gäste einen hautnahen Eindruck von litauischen Behandlungsstandards. Seit geraumer Zeit kommen Mobiliar und Krankenhausbetten aus dem Philipppshospital in der Klinik von Taurage zum Einsatz. Taurage und Riedstadt sind durch eine Städtepartnerschaft verbunden. Beide Seiten vereinbarten, den Austausch fortzusetzen. (jda)

www.lwv-hessen.de – Neues aus dem Netz



Trägerübergreifendes Persönliches Budget – so lautet das neue Diskussionsthema im Forum der LWV-Internetpräsentation. Einige Beiträge sind bereits eingegangen. Diskutieren Sie mit! Gefragt ist nicht nur die Meinung von außen, sondern auch die der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verbandes.

Der Newsletter des LWV-Zielgruppenmanagements für Menschen mit einer körperlichen oder einer Sinnesbehinderung zum Betreuten Wohnen ist gut angelaufen und bereits fünfmal erschienen, zuletzt verschickt an über 550 Interessenten. Alle Ausgaben sind im Newsletter-Archiv nachlesbar.

Dieter Mühlhausen



Küchenleitung als Managementaufgabe: Studierende der Fachschule für Wirtschaft der Adolf-Reichwein-Schule Limburg bei der Abschlusspräsentation. Foto: Klinikum Weilmünster gGmbH

Qualität auf dem Teller

Nur scheinbar ein Nebenaspekt: Wie beurteilt ein Patient eines Krankenhauses die ihm während seines stationären Aufenthaltes angebotenen Speisen? Eine unter Patienten des Klinikums Weilmünster gGmbH durchgeführte Befragung ergab, dass die Verpflegung nicht unerheblich zum Gesamteindruck eines Klinikaufenthalts beiträgt, es sich für ein Krankenhaus lohnt, auch hier Qualitätssicherung zu betreiben. Eine von vielen Erkenntnissen, die eine Projektarbeit von

Studierenden der Fachschule für Wirtschaft der Adolf-Reichwein-Schule aus Limburg zu Tage förderte. Die künftigen „staatlich geprüften Betriebswirte für Verpflegungssysteme“ gingen in ihrer Arbeit insbesondere der Frage nach, inwieweit die konsequente Anwendung von Wissensmanagement zur Wettbewerbsfähigkeit einer Klinik beitragen kann. Ergebnis: Auch in einem Küchenbetrieb ist systematisches Denken gefragt, müssen Produktionsprozesse

transparent gestaltet und Mitarbeiter gezielt eingesetzt werden. Landet nicht die gewünschte Qualität auf dem Teller, reagiert der Kunde mit Ablehnung, wissen die angehenden Ökonomen. Zweifelsohne befänden sich die Kliniken unter wachsendem Kostendruck, der Suche nach Einsparpotenzialen dürfe jedoch – mit Blick auf die Klinikverpflegung – nicht mit Qualitätsminderung begegnet werden, empfehlen die Nachwuchsbetriebswirte in ihrer Projektarbeit, die sie Klinikum-Geschäftsführer Reinhard Belling und dem Qualitätsbeauftragten Frank Masuch vorstellten. Die durch die Klinikgeschäftsführung vorgesehene Eigenbewirtschaftung biete die Möglichkeit, Küchenleitung künftig stärker als Managementaufgabe zu begreifen und den betriebswirtschaftlichen Erfolg zum Beispiel durch Kennzahlen abzusichern. Kundennähe zeichne sich durch eine abwechslungsreiche und attraktive Gestaltung des Speiseplanes aus, die sich für Patientenwünsche offen zeige. Unternehmensstrategie heißt stets auch Suche nach neuen Abnehmern. Nur mit einem hochwertigen Speisenangebot sei es möglich, Neukunden innerhalb und über das Klinikum hinaus zu gewinnen. (jda)

Gute Nachbarn gesucht

Wer glaubt, Integration und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen seien inzwischen längst gelebter Alltag und würden von keinem Mitmenschen mehr in Frage gestellt, setzt sich doch der einen oder anderen, mitunter auch herben, Enttäuschung aus. Vor einigen Monaten erlebten dies die Beteiligten, als die Nieder-Ramstädter Diakonie in Groß-Bieberau eine neue Wohnanlage in Betrieb nahm. Einige der künftigen Nachbarn, so konnte man dem Bericht einer Lokaljournalistin entnehmen, äußerten sich mehr als kritisch und brachten in deutlichen Worten ihre Ablehnung zum Ausdruck. „Integration hin oder her“ – im Zweifel überwiegt der Egoismus, wenn nun statt auf Wald und Wiesen auf eine Wohnanlage mit ihren behinderten Nutzern geblickt werden muss: „Die Kühe waren mir lieber“ hieß es dort. Uneinsichtige gibt es allerorten, aber auch Mitmenschen, die

mit ihrer eigenen Unsicherheit und Skepsis anders umgehen. Die beispielsweise Informationsangebote annehmen, die bereit sind, auch die eigenen Vorbehalte zu überprüfen und zu überwinden. Diese Erfahrung, berichtet LWV-Regionalmanager Günter Fieber, haben die Nieder-Ramstädter in Darmstadt-Eberstadt gemacht. Dort plant die Diakonieeinrichtung Ende des Jahres ein bis dahin umgebautes, früheres Hotel in der Heidelberger Landstraße zu nutzen. 16 Menschen mit geistiger oder mehrfacher Behinderung sollen dort einmal wohnen, gute Nachbarn wollen sie sein. Während eines Informationsabends haben die Beteiligten ihre Pläne vorgestellt, mehr als 20 künftige Nachbarn nahmen das Gesprächsangebot an. Viele Fragen gab es zu beantworten: Sie betrafen die baulichen Veränderungen und natürlich auch die Menschen, die künftig im ehemaligen Hotel

leben werden. Zufrieden ging man auseinander, die Basis für ein gedeihliches Miteinander scheint gelegt. (jda)

Aus dem ehemaligen Hotel in Darmstadt-Eberstadt wird eine Wohneinrichtung der Nieder-Ramstädter Diakonie.

Foto: Nieder-Ramstädter Diakonie





FBZ-NEWS

Fortbildungszentrum des LWV Hessen

Ein Team oder viele Einzelkämpfer?

In den psychiatrischen Institutsambulanzen gehen an die verschiedenen Berufsgruppen unterschiedliche Behandlungsaufträge, die hinsichtlich Ziel, Inhalt, Planung und Dokumentation koordiniert sein wollen. Gerade die psychiatrische Behandlung im ambulanten Arbeitsfeld bedarf einer engen Abstimmung. Eine auch von externen Teilnehmer/-innen rege nachgefragte Fachtagung im Fortbildungszentrum des LWV beschäftigte sich daher mit Anspruch und Wirklichkeit von „Multiprofessionalität“, die Klaus-Peter Michel leitete. In den Institutsambulanzen sind neben Ärzten für Psychiatrie und Psychotherapie und Psychologen auch Sozialarbeiter, Arbeits- und Ergotherapeuten sowie Pflegedienstmitarbeiter tätig. Als Kernprobleme stellen

sich immer wieder die Schnittstellen zwischen einzelnen therapeutischen Maßnahmen dar, mangelnder Informationsfluss führt zu Reibungsverlusten. Da helfen „Best Practice“-Beispiele wie die Idee der Herborner Ambulanz: Aufteilung von größeren Teams in Behandler-Teams, die patientenbezogene Kooperationstermine regelmäßig wahrnehmen. Dies hat den Vorteil, dass das komplette Team nicht bei allen Besprechungen anwesend sein muss, somit Ressourcen gespart werden. Oder die Idee einer gerontopsychiatrischen Station in Gießen am ZSP Mittlere Lahn: Dort gibt es die „Überleitungsschwester“. Sie hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass speziell bei Überleitungen bzw. Entlassungen gerontopsychiatrisch erkrankter Menschen keine

Informationen verloren gehen, weil der Patient in dieser kritischen Phase von der „Überleitungsschwester“ begleitet wird. Drittes Beispiel: Beim Konzept „Marktplatz“ wird ein kurzfristiger, systemischer Austausch aller Behandler über den jeweiligen Patienten bei Bedarf organisiert. Die Fachtagung zeigte, dass ein strukturierter Erfahrungsaustausch und praktiziertes Networking großen Nutzen hinsichtlich der multiprofessionellen Zusammenarbeit stiftet. Das voneinander Lernen erspart Reibung, trägt zur Arbeitszufriedenheit aller bei und optimiert die Qualität der Leistungserbringung.

Albrecht Schäufele/(jda)

Neu erschienen

- LWV Hessen, Büro der Frauenbeauftragten: „Ein Kind kommt an!“, Broschüre 2007, 8. Auflage
- Landeswohlfahrtsverband Hessen: „Hat Ihr Kind Probleme mit dem Sehen? Pädagogische Frühförderung für blinde und sehbehinderte Kinder in Hessen“, Faltblatt 2007
- Landeswohlfahrtsverband Hessen, Servicebereich Öffentlichkeitsarbeit: „Der LWV – Auf einen Blick“, Faltblatt 2007, 2. Auflage
- Landeswohlfahrtsverband Hessen, Servicebereich Öffentlichkeitsarbeit: „LWV – At A Glance“, englischer Text, Faltblatt 2007
- Landeswohlfahrtsverband Hessen, Servicebereich Öffentlichkeitsarbeit: „Der LWV – Träger von Kliniken und Einrichtungen, Verzeichnis“, Broschüre 2007
- Landeswohlfahrtsverband Hessen, Servicebereich Öffentlichkeitsarbeit: „Publikationen, Verzeichnis“, Broschüre 2007
- Landeswohlfahrtsverband Hessen, Servicebereich Öffentlichkeitsarbeit: „Service- und Beratungsstelle für Rehabilitation beim LWV Hessen, Kassel“, Faltblatt 2007, 4. Auflage
- Landeswohlfahrtsverband Hessen, Servicebereich Öffentlichkeitsarbeit: „kurzINFO – Zielgruppenmanagement für Menschen mit einer körperlichen oder einer Sinnesbehinderung – Ein Überblick“, Faltblatt 2007
- Landeswohlfahrtsverband Hessen, Servicebereich Öffentlichkeitsarbeit: „kurzINFO – Zielgruppenmanagement für Menschen mit geistiger Behinderung – Ein Überblick“, Faltblatt 2007
- Landeswohlfahrtsverband Hessen, Servicebereich Öffentlichkeitsarbeit: „kurzINFO – Zielgruppenmanagement für Menschen mit seelischen Behinderungen und Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen – Ein Überblick“, Faltblatt 2007
- Landeswohlfahrtsverband Hessen, Servicebereich Öffentlichkeitsarbeit: „kurzINFO – Zielgruppenmanagement Kriegsopferfürsorge – Ein Überblick“, Faltblatt 2007
- Landeswohlfahrtsverband Hessen, Servicebereich Öffentlichkeitsarbeit: „kurzINFO – Zielgruppenmanagement für behinderte Menschen im Beruf – Ein Überblick“, Faltblatt 2007
- Landeswohlfahrtsverband Hessen, Servicebereich Öffentlichkeitsarbeit: „Maßregelvollzug – Behandlung suchtkranker Rechtsbrecher in Hessen“, Broschüre 2007, 3. Auflage
- Landeswohlfahrtsverband Hessen, Servicebereich Öffentlichkeitsarbeit: „Maßregelvollzug – Forensikbeiräte – Bindeglieder zwischen Klinik und Bevölkerung“, Broschüre 2007
- Landeswohlfahrtsverband Hessen, Zielgruppenmanagement 206: „Welche Wohnung passt zu mir? Drei gute Gründe für das Betreute Wohnen“, Broschüre 2007

| Die Publikationen können unter www.lwv-hessen.de heruntergeladen werden. Sie sind als Printausgaben im Servicebereich Öffentlichkeitsarbeit erhältlich.
Tel.: 05 61 / 10 04 – 20 60,
E-Mail: iuk@lwv-hessen.de

Neu im Verwaltungsausschuss: Reiner Emmerich

Zu Beginn der 14. Wahlperiode wurden 4 ehrenamtlich tätige Beigeordnete neu in den Verwaltungsausschuss gewählt. LWV-Info stellt sie in alphabetischer Reihenfolge vor.

Wann erwacht das Interesse eines Menschen an den Lebensbedingungen seiner kranken und behinderten Mitmenschen? Häufig beginnt es mit dem eigenen Erleben. Wie bei Reiner Emmerich, der im nordhessischen Neuenstein zu Hause ist: Da es in seiner Verwandtschaft mehrere Menschen mit einer körperlichen und geistigen Behinderung gibt, ist der Umgang mit behinderten Menschen für ihn etwas Selbstverständliches. So werden die Lebensbedingungen behinderter Menschen für den Sozialdemokraten von Beginn an stets ein Thema seines politischen Engagements, so wächst auch sein Interesse an der Arbeit des LWV.

Beruflich ist der 50-Jährige heute an leitender Stelle für die Zollverwaltung in

Bad Hersfeld tätig. Doch nicht nur Beruf und Politik bestimmen das Leben Reiner Emmerichs: Für die AWO ist er sieben Jahre als Schuldnerberater tätig, wird auch Mitglied bei Lebenshilfe und DRK-Bergwacht. In der Kommunalpolitik übernimmt Emmerich wachsende Verantwortung: Zunächst als Gemeindevertreter in Neuenstein, dann als Kreisbeigeordneter im Kreisausschuss Hersfeld-Rotenburg. In die Verbandsversammlung des LWV zieht er 1997 ein. Dort arbeitet sich Emmerich, der sich in seinem vielfältigen Engagement stets durch Frau Evelin und seine zwei erwachsenen Kinder unterstützt sieht, in Haushaltsfragen ein und wird haushaltspolitischer Sprecher seiner SPD-Fraktion. Emmerich weiß: Nie geht es dort um „neutrale“ Zahlen, immer stecken Menschen dahinter, immer wird auch über die Lebensqualität betroffener Menschen entschieden. Bei so vielen Aufgaben und Funktionen - bleibt da eigentlich noch Zeit für Privates? Die



Reiner Emmerich

Foto: privat

nimmt sich Reiner Emmerich einfach – etwa wenn er mit Frau und Billy, Mischlingshund und Liebling der Familie, durch nordhessische Wälder und Auen radelt.

Melanie Pelka/(jda)

Reiner Emmerich in zehn Sätzen

Der LWV...

Der Hauptgrund, ehrenamtlicher Beigeordneter des LWV zu werden, war für mich...

die Chance, am weiteren Reformprozess des Verbandes unmittelbar mitzuarbeiten.

Als Aufgabenbereich des LWV liegt mir besonders am Herzen...

die Integration von Menschen mit Behinderung ins Arbeitsleben.

Im und mit dem LWV würde ich gerne auf den Weg bringen...

den weiteren Ausbau und die dauerhafte Zuständigkeit des LWV für das Betreute Wohnen.

Der LWV hat über fünfzig Jahre...

bewiesen, dass er in der Lage ist auf veränderte Rahmenbedingungen einzugehen.

Der LWV ist für mich heute...

ein moderner und in jeder Hinsicht

zukunftsfähiger Dienstleistungsbetrieb.

... und ich:

Wenn ich für einen Tag Deutschland regieren könnte, würde ich...

zuerst eine grundlegende Gesundheits- und Rentenreform auf den Weg bringen.

Schier zur Verzweiflung bringen mich...

die ständigen Selbstmord-Attentate im Nahen Osten und im Irak.

Die wichtigste menschliche Eigenschaft ist für mich...

Ehrlichkeit

Als Traum würde ich mir gerne erfüllen...

eine Fahrradtour vom Nordkap bis Gibraltar.

Mein Lebensmotto lautet...

sei dankbar für jeden Tag, an dem Du gesund bist.

Wir sehen voneinander

In dem Abend füllenden Dokumentarfilm „Wir sehen voneinander“ begleitet Filmemacherin Lilo Mangelsdorff die vierjährige, gehörlose Selina auf ihrem Weg, sich aus der Welt der Stille jene der Hörenden zu erobern. Durch behutsame Bilder, intensive Dialoge und eine Kamera, die Selina fast beim Denken zuzuschauen scheint, zeigt der Film, welche Möglichkeiten, welches Umfeld vorhanden sind, dieser Art Behinderung zu begegnen. Selinas Eltern lernen die Gebärdensprache und haben sich für eine bilinguale Erziehung entschieden. Der Film ist die Geschichte eines Lernprozesses: Ihn durchläuft das Kind, ihn durchlaufen seine Eltern und ihn ergreift auch der Zuschauer. Der von der Hessischen Filmförderung unterstützte Film lief bereits in ausgewählten hessischen Programmkinos. (jda)

| Weitere Informationen unter www.wir-sehen-voneinander.de

Weltweit erste Knieprothese für Frauen

Als Gelenkersatz gibt es seit wenigen Wochen weltweit erstmals ein künstliches Kniegelenk speziell für Frauen. Die Orthopädische Klinik Kassel gGmbH, eines der Zentren für die Implantation künstlicher Hüft- und Kniegelenke, ist eine der ersten Kliniken, die diese Knieprothese bereits einsetzt und sehr gute Erfahrungen damit gemacht hat. Bisher bekamen Männer und Frauen die gleichen Knieprothesen eingesetzt, die auf der Grundlage von Männerknien entwickelt wurden. Sie waren jedoch nicht an die Anatomie eines Frauenknie angepasst. Die Chirurgen mussten daher mehr Knochen und Gewebe entfernen, um die Prothesen bei den Frauen optimal anpassen zu können. Eine Schädigung des Kniegewebes und starke Schmerzen waren häufig die Folge einer solchen Operation. Dies ist mit der neuen Prothese nun vorbei. Die Frauenknieprothese aus einer Kobalt-Chrom-Gusslegierung hat eine schmalere Form,

die dünner geformte Vorderseite berücksichtigt die leicht schräge Funktionslinie der weiblichen Kniescheibe. Dadurch ist der Eingriff weniger belastend: Es kann mit kleineren Schnitten gearbeitet werden, weniger Gewebe wird beschädigt. Die Patientinnen haben folglich auch weniger Schmerzen und benötigen eine kürzere Rehabilitationszeit. Das neue Kniegelenk ermöglicht größere Beweglichkeit und Beugungsfähigkeit als die herkömmlichen künstlichen Kniegelenke. Somit sei das neue künstliche Kniegelenk besonders für sportlich aktive Patientinnen sehr gut geeignet, erläuterte Ärztlicher Direktor Prof. Dr. Werner Siebert bei einer Präsentation. Grundlage für die Entwicklung des neuen Implantats waren Untersuchungen von ca. 800 Kniegelenken in den USA, bei der erstmals die anatomischen Besonderheiten eines weiblichen Knies aufgezeigt werden konnten. Er freue sich, so der Medi-



Neue Beweglichkeit: Prof. Dr. Werner Siebert, Ärztlicher Direktor der Orthopädischen Klinik Kassel gGmbH, im Gespräch mit Patientin Gabriele Lingemann-Eberwein.

Foto: Orthopädische Klinik Kassel gGmbH

ziner, dass den Patientinnen mit diesem innovativen Implantat ein optimaler Kniegelenkersatz geboten werden könne.

Melanie Pelka/(jda)

Wohlfühlen und Entspannen



Auf einer Traumreise dem Alltag entfliehen: WPH-Bewohner im Wellness-Raum.

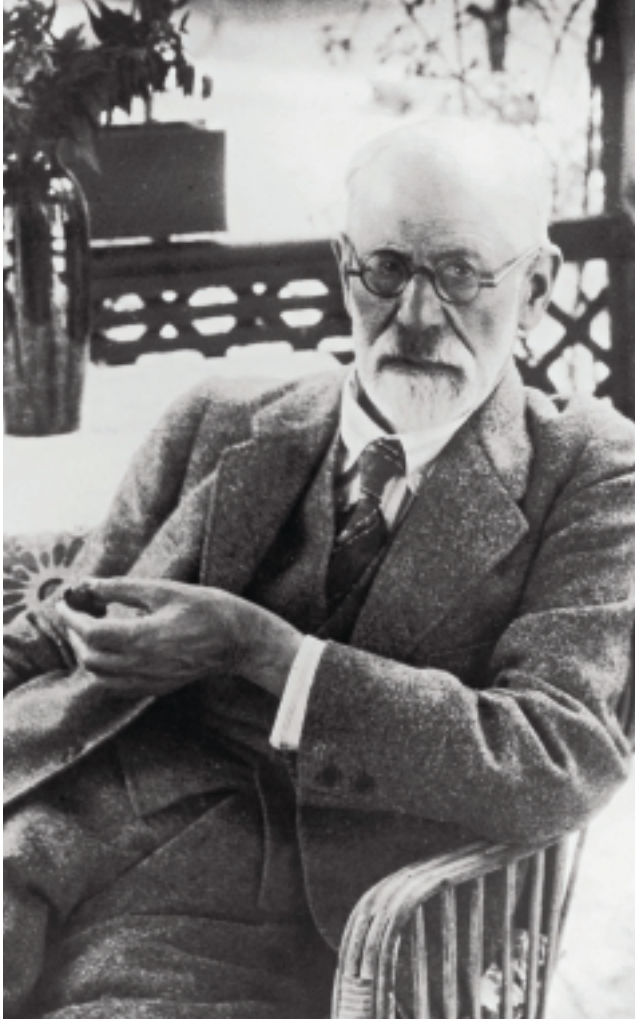
Foto: Angelika Pennrich

Von Beginn an behaglich und einladend soll es sein: In einem Raum direkt unter dem Dach warten Relaxliegen, Kuschedecken und Massagebälle auf ihre Nutzer. Sie sind gedacht für Bewohner/innen des Wohn- und Pflegeheims (WPH) im Riedstädter Philipps-hospital, die dort ihren „Wellnessraum“ finden. Noch mehr bietet dieser Platz für die Menschen mit seelischer Behinderung, die einmal in der Woche

zusammenkommen, um sich zu entspannen. Verschiedene Lichtquellen, eine Musikanlage, Duftöle sprechen die Sinne an, mit Büchern können sich die Nutzer auf eine Märchen- und Fantasie-reise begeben. Initiatoren des Angebots sind Angelika Pennrich und Johanna Götz, die den WPH-Bewohnern neue Zugänge zum eigenen Wohlbefinden eröffnen wollen: „Die Bewohner, die zum Teil seit Jahrzehnten in einer psy-

chiatrischen Einrichtung leben, haben es schlichtweg verlernt, sich zu entspannen und gewisse Momente zu genießen. Es ist notwendig, ein besonderes Setting herbeizuführen, in dem sie Wohlbefinden und Ruhe empfinden können“, umreißt Angelika Pennrich das Ziel des Gruppenangebots. Die Inhalte der Stunden sind vielfältig, schildert die Sozialarbeiterin: So werden beispielsweise Autogenes Training, Sinnesschulungen (Hörmemory, Geschmackslabyrinth, Fühlkisten etc.), entspannende Fußbäder und kleine kosmetische Anwendungen angeboten. Elemente aus Progressiver Muskelentspannung und Basaler Stimulation werden integriert. Auch gesunde Ernährung ist immer wieder Thema - so kommt es vor, dass exotische Früchte verspeist oder gesunde Shakes zubereitet werden. In den Sommermonaten werden auch Ausflüge zu Kneippanlage oder Barfußpfad unternommen. „Obwohl es eine Weile dauerte, bis die Bewohner das Angebot annehmen konnten, ist es ganz offensichtlich, dass alle Beteiligten von der Streicheleinheit für die Seele profitieren“, weiß Angelika Pennrich. Melanie Pelka/(jda)

Wenn uns das Unterbewusstsein einen Streich spielt – Was ist ein „Freud’scher Versprecher“?



Sigmund Freud

Foto: © IMAGNO/Sigmund Freud Copyrights London

Wir haben es sicher alle schon einmal erlebt: Wir möchten unserem Gesprächspartner etwas Bestimmtes mitteilen und sagen plötzlich etwas ganz Anderes, das unsere eigentliche Meinung oder Intention jedoch viel besser ausdrückt. Eine oftmals enttarnende und peinliche Situation. Der „Freud’sche Versprecher“ hat seinen Namen von dem österreichischen Arzt und Begründer der Psychoanalyse Sigmund Freud (1856 – 1939). Wie bei anderen Erkenntnisprozessen hat Freud dabei auch versucht, sein eigenes Inneres auszuleuchten. In der Literatur ist sogar eine Freud’sche Fehlleistung von Freud selbst überliefert: Er war bei einem sehr reichen Mann eingeladen, der ihn während seines Besuches offen und

überaus zuvorkommend behandelte. Diesen Mann soll Freud später als „famillionär“ bezeichnet haben, eine Wortschöpfung, die vordergründig etwas über die positiven Charakterzüge seines Gastgeber auszusagen sollte, aber offensichtlich einen Bezug zur finanziellen Ausstattung dieses Herrn nicht unterdrücken konnte. Die „Freud’schen Versprecher“ zählen nach ihrem Namensgeber zum von ihm definierten Katalog psychologischer Fehlleistungen. Fehlleistungen sind nach Freud alle Äußerungen wie Verschreiben, Verhören, Versehen, Vergreifen, Vergessen oder auch Versprechen. Die Fehlleistungen entstehen unter Ande-

rem aus Impulsen des Unterbewussten, die sich im Alltag durchsetzen, obwohl es gute oder auch schlechte Gründe gibt, sie nicht zuzulassen. Sie sind das Ergebnis von unbewussten Beweggründen, beispielsweise einer das Anstandsgefühl oder die Sitte störenden Intention. Das Unterbewusstsein drängt in das Sprechen und fördert zu Tage, was der Sprecher eigentlich nicht sagen wollte, von dem er aber insgeheim doch überzeugt ist.

Als Ursache für die sogenannten Fehlleistungen bezeichnet Freud einen sich in der Person abspielenden Konflikt. Freud nennt hier das Beispiel eines Parlamentspräsidenten, der eine Zusammenkunft mit den Worten eröffnet: „... und erkläre somit die Sitzung für

geschlossen“. In dem Versprecher drücken sich seine Unlust und sein Wunsch, die Sitzung bereits hinter sich gebracht zu haben aus. Die Abwehrhaltung gegenüber der Sitzung wird zunächst verdrängt. In dem „Freud’schen Versprecher“, der dann zu Beginn der Sitzung folgt, drückt sich der innere, verdrängte Konflikt der Unlust einerseits und der Verpflichtung andererseits aus.

Kritik am Konzept

Für Helen Leuninger, Linguistik-Professorin an der Frankfurter Universität, ist das Freud’sche Konzept hingegen nicht überzeugend. Sprachliche Versprecher hingen vielmehr mit den Organisationsprinzipien des mentalen Lexikons zusammen, schreibt sie in ihrem viel beachteten Buch „Reden ist Schweigen, Silber ist Gold“. Versprecher hätten unterschiedliche Ursachen, sie kommen aufgrund ihres nahen Lautbestandes oder einer ähnlichen Silben- und Wortstruktur zustande. Wie beispielsweise bei den sog. „Kontaminationen“, der „Verschmelzung zweier Redewendungen“. Ein Beispiel:

Eine im Berufsstress stehende Ärztin hat übersehen, dass sie am Abend Besuch durch Kollegen haben wird. Kurz vorm Eintreffen der Gäste eilt sie nach Hause und bereitet alles in Windeseile vor. Als die Gäste eintreffen, werden sie im Flur von ihrer Gastgeberin mit Hinweis auf die Garderobe willkommen geheißen: „Bitte ziehen Sie ab!“ Ein klassischer Freud’scher Versprecher, könnte man schlussfolgern: Eigentlich möchte die Ärztin keinen Besuch, sondern nur ihre Ruhe. Andererseits handelt es sich um die Verschmelzung zweier geläufiger Redewendungen: „Bitte ziehen sich doch Ihre Mäntel aus!“ mit „Bitte legen Sie ab!“ Leuninger meint, jemandem einen Freud’schen Versprecher anzuhängen, verrate mehr über den Hörer als über den Sprecher selbst. Häufig versuche der Hörer, einen Sinnzusammenhang herzustellen, der sich unter Umständen gar nicht ableiten lasse.

Melanie Pelka/(jda)



Geehrt

Prof. Dr. Heinrich Kunze, langjähriger Ärztlicher Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie im Zentrum für Soziale Psychiatrie (ZSP) Kurhessen, ist im März anlässlich seiner Verabschiedung in den Ruhestand von Landesdirektor Uwe Brückmann mit der Ehrenplakette in Gold des LWV ausgezeichnet worden.

Kunze, der fast 30 Jahre an leitender Stelle im Landeswohlfahrtsverband Hessen tätig war, zähle zu den profiliertesten Protagonisten der bundesdeutschen Psychiatriereform, sagte Brückmann in einer Feierstunde. Im Verlauf seiner Tätigkeit sei es dem Mediziner und Soziologen Kunze stets gelungen, die berechtigten Interessen aller im Feld der Psychiatrie Beteiligten im Blick zu behalten. Unter der Leitung von Kunze habe die Klinik einen ausgezeichneten Ruf erworben.

Gewechselt

Kunzes Nachfolger, **Privatdozent Dr. Michael Franz**, führte LWV-

Landesdirektor Uwe Brückmann wenige Wochen später offiziell in sein Amt ein. Brückmann beschrieb Franz im Rahmen einer Feierstunde als kompetenten Fachmann: „Aufgrund seines beruflichen Werdegangs,



seiner Publikationen sowie seiner Auszeichnungen sind wir sicher, dass Dr. Franz den besonderen Anforderungen, die u. a. mit der organisatorischen Umwandlung der Klinik an ihn gestellt werden, bestens gerecht wird.“ Bis zu seinem Wechsel nach Bad Emstal war Franz in Gießen als Oberarzt, Leitender Oberarzt und seit 2003 als stellvertretender geschäftsführender Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie am Universitätsklinikum Gießen tätig, wo er gleichzeitig eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe Versorgungsforschung aufbaute. Begleitend zu seiner Berufstätigkeit qualifizierte sich Franz vielfältig: Er durchlief eine Ausbildung in psychoanalytischer Psychotherapie, schloss 1994 seine Promotion als Dr. med. ab, habilitierte sich 2005 und bildete sich als Krankenhausbetriebswirt weiter.



Wechsel auch in den Heilpädagogischen Einrichtungen (HPE) in Weilmünster und Herborn: **Hans-Jürgen Walter**, Pädagogischer Leiter der beiden HPE in Herborn und Weilmünster, ist Mitte März nach 36-jähriger Tätigkeit beim LWV Hessen in einer Feierstunde in den Ruhestand verabschiedet worden. Zugleich wurde der Nachfolger Walters, sein bisheriger Stellvertreter in Weilmünster, **Dr. Michael Frowein**, in sein Amt eingeführt. LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann und Geschäftsführer Reinhard Belling dankten Walter für seinen jahrzehntelangen, engagierten beruflichen Einsatz.

Einer der Gründerväter der Heilpädagogischen Einrichtungen im LWV sei Walter gewesen, sagte Brückmann. „Ihre berufliche Laufbahn markiert den Wandel in der psychiatrischen Versorgung und gleichzeitig auch den Wandel in der Behindertenhilfe: Weg von den

Anstalten, weg von den Großeinrichtungen, weg von Einheitstherapie und weg von der bloßen ‚Aufbewahrung‘ behinderter Menschen. Statt dessen hin zu gezielter Förderung und Ressourcenstärkung, hin zum Normalisierungsprinzip und hin zu dezentralen Lebensorten.“

Frowein nahm 1998 – zunächst als Erzieher – eine Tätigkeit in der HPE Weilmünster auf. Nach dem Studienabschluss wurde er dort 2001 Wohnbereichsleiter, fungierte ab 2002 als Stellvertreter des Pädagogischen Leiters. 2004 wurde er nach einer Dissertation zum Qualitätsmanagement im Gesundheits- und Sozialwesen zum Dr. phil. promoviert.

Neuem Leiter der Kinder- und Jugend-

orthopädie in der Orthopädischen Klinik (OK) Kassel ist seit Anfang dieses Jahres **Dr. Matthias Heyden**.

Heyden, der seit Anfang 2006 in der OK Kassel tätig ist, übernahm die Leitung des Fachbereichs von **Dr. Peter Rode**, der nach 25 Jahren in den Ruhestand ging. Bevor er in die OK Kassel wechselte, war Dr. Heyden an der Orthopädischen Klinik der Georg-August-Uni-

versität Göttingen tätig, wo er sich auf Kinder- und Jugendorthopädie, Endoprothetik und arthroskopische Chirurgie spezialisierte. Er verfügt über Zusatz-



ausbildungen in Sportmedizin und Chirotherapie.

Über 10 Jahre war **Rosa Reichenbach** als Kunsttherapeutin im ZSP Kurhessen tätig. Sowohl als kundige Vermittlerin und Ansprechpartnerin für Patienten wie auch als Kopf der Künstlergruppe „Buntmacher“ erwarb sie sich einen Namen weit über die Grenzen der Klinik hinaus. In Bad Emstal trug sie mit ihren Kunstaktionen wesentlich zur Verbesserung der Klinikatmosphäre bei. In diesen Wochen bringt sie im ZSP Begonnenes zu Ende, denn offiziell hat sie bereits vor einigen Monaten ihren Abschied genommen. Die Betriebsleitung dankte ihr herzlich für ihren Einsatz.

Die Hermann-Schafft-Schule, LWV-Schule für Hörgeschädigte in Homberg, wurde einschließlich Internat und Frühförderstelle bis Ende vorigen Jahres vom Betriebsleiter des SPZ Wabern-Homberg mitverwaltet. Nachdem das SPZ als Betriebszweig dem ZSP Kurhes-

sen angegliedert wurde, musste die Verwaltung der Schule neu geregelt werden. **Jürgen Jordan**, ehemaliger Leiter der Wirtschaftsabteilung des ZSP Kurhessen, wurde im Februar offizi-

ell als neuer Verwaltungsleiter der Hermann-Schafft-Schule eingeführt. Mit der Übernahme eines Schulzweigs für Sehbehinderte und der Umwandlung in eine gebundene Ganztagschule erfuhr die Schule im vergangenen Jahr tiefgreifende Veränderungen. Umfangreiche Baumaßnahmen sollen dieser Entwicklung Rechnung tragen, so dass den neuen Verwaltungsleiter eine Vielzahl von Aufgaben erwartet. (rvk)



Foto: privat

25-jähriges Dienstjubiläum

ZSP Am Mönchberg, Hadamar

Edgar Jung, Technischer Angestellter

ZSP Kurhessen, Bad Emstal

Doris Keller, Stenotypistin | Herbert Rauthe, Schlosser | Elke Fritsch, Verwaltungsangestellte | Tatjana Vogt, Krankenschwester | Gabriele Kamusin, Arzthelferin | Rainer-Matthias Reinhardt, Dipl.-Psychologe | Joachim Wallach, Sozialarbeiter

ZSP Rheinblick, Eltville

Hans-Jürgen Oppelt, Krankenpfleger | Christa Steinebach, Krankenschwester | Helga Terhorst, Fachärztin für Psychiatrie

Johann-Peter-Schäfer-Schule, Friedberg

Burkhard Voll, Erzieher

40-jähriges Dienstjubiläum

Regionalverwaltung Wiesbaden

Anita Jenzowski, Verwaltungsangestellte

ZSP Haina (Kloster)

Heinz Scholl, Stellv. Stationspfleger

ZSP Kurhessen, Bad Emstal

Astrid Böhm, Kinderpflegerin | Inge Ickler, Wäschereileiterin | Ingrid Bachmann, Verwaltungsangestellte

ZSP Mittlere Lahn, Marburg

Dr. Rainer Haubold, Stellv. Ärztl. Direktor

Im Ruhestand

Hauptverwaltung Kassel

Monika Gleixner, Betriebswirtin

ZSP Am Mönchberg, Hadamar

Ursula Kunath, Krankenschwester

ZSP Haina (Kloster)

Anni Glänzer, Stationsschwester | Gerlinde Wickert, Krankenpflegerin | Johanna Orth, Hausgehilfin | Volker Thomas-März, Dipl.-Psychologe, KfP, ASt. Gießen

ZSP Kurhessen, Bad Emstal

Prof. Dr. Heinrich Kunze, Ärztlicher Direktor der KPP Merxhausen | Dr. Barbara Rode, Betriebsärztin | Elke Schneider, Näherin

ZSP Mittlere Lahn, Gießen

Anne-Marie Vermeiren, Krankenschwester | Brunhilde Allendörfer, Hausgehilfin | Dieter Synowzik, Hygienefachpfleger

ZSP Rheinblick, Eltville

Katharina Bender, Hausgehilfin | Anna-Maria Statzner, Hausgehilfin | Marlies Dahlen-Becker, Hausgehilfin

Fortbildungszentrum Gießen

Manfred Paul, Verwaltungsangestellter

Ehrenring

Ingeburg Gründer-Schäfer, Langjährige Abgeordnete der Verbandsversammlung und langjähriges Mitglied des Verwaltungsausschusses | Hubert Heil, Langjähriger Abgeordneter der Verbandsversammlung | Kurt Leuninger, Langjähriger Abgeordneter der Verbandsversammlung und langjähriges Mitglied des Verwaltungsausschusses | Eva Ludwig, Langjährige Abgeordnete der Verbandsversammlung und langjähriges Mitglied des Verwaltungsausschusses | Kurt-Wilhelm Sauerwein, Präsident und langjähriger Abgeordneter der Verbandsversammlung | Aloys Zumbrägel, Vizepräsident und langjähriger Abgeordneter der Verbandsversammlung

Ehrenplakette in Gold

Prof. Dr. Heinrich Kunze, Ärztlicher Direktor der KPP Merxhausen, Bad Emstal

Ehrenplakette in Silber

Gerhard Wolf, Langjähriger Abgeordneter der Verbandsversammlung

Neue Namen - Neue Positionen

Frank Werner, Stellvertretender Leiter des Prüfungsbereichs Sozialwesen, Revision, Hauptverwaltung Kassel | Christina Wingender, Therapeutische Leiterin, ZSP Am Mönchberg, Hadamar | PD Dr. Michael Franz, Ärztlicher Direktor der KPP Merxhausen, Bad Emstal

Die Personalien werden uns von der Personalabteilung der LWV-Hauptverwaltung und den LWV-Einrichtungen direkt geliefert. Die Redaktion trägt für diese Rubrik keine inhaltliche Verantwortung.

LWV im Dialog

Den vollständigen und aktuellen Veranstaltungskalender finden Sie unter www.lwv-hessen.de

5. August 2007 - 17 Uhr | Konzert für Klarinette und Harfe – eine musikalische Reise durch fünf Jahrhunderte | Veranstalter: Evangelische Kirchengemeinde Haina (Kloster) | Veranstaltungsort: Klosterkirche Haina, 35114 Haina (Kloster) | Weitere Informationen: 0 64 56 / 3 45 oder E-Mail: Pfarramt@Kirche-Haina.de

19. August 2007 - 10 bis 16 Uhr | Tag der offenen Tür | Veranstalter/Veranstaltungsort: Orthopädische Klinik Kassel gGmbH, Wilhelmshöher Allee 345, 34131 Kassel | Weitere Informationen: 05 61 / 30 84 – 3 30 oder E-Mail: pherborg@okkassel.de

26. August 2007 - 10 bis 17 Uhr | Flohmarkt im historischen Flair | Veranstalter/Veranstaltungsort: Wohn- und Pflegeheim für Menschen mit seelischer Behinderung, Wohnanlage Breitenau, Brückenstraße 12, 34302 Guxhagen | Weitere Informationen: 0 56 24 / 60 - 1 05 68

31. August 2007 - 15 bis 19 Uhr | Sommerfest „Jahrmarkt im Park“ | Veranstalter/Veranstaltungsort: Zentrum für Soziale Psychiatrie Rehbergpark Herbborn gGmbH, 35745 Herbborn | Weitere Informationen: 0 27 72 / 5 04 – 15 29 oder E-Mail: simone.mindnich@rehbergpark.com

1. September 2007 - 10 Uhr | Physikalische Therapie affektiver Störungen | Ärztesfortbildung – Workshop | Veranstalter: Interdisziplinäre Gesellschaft für Medizin Kassel e. V. | Veranstaltungsort: Orthopädische Klinik Kassel gGmbH, Wilhelmshöher Allee 345, 34131 Kassel | Weitere Informationen: 05 61 / 30 84 – 3 30 oder E-Mail: pherborg@okkassel.de

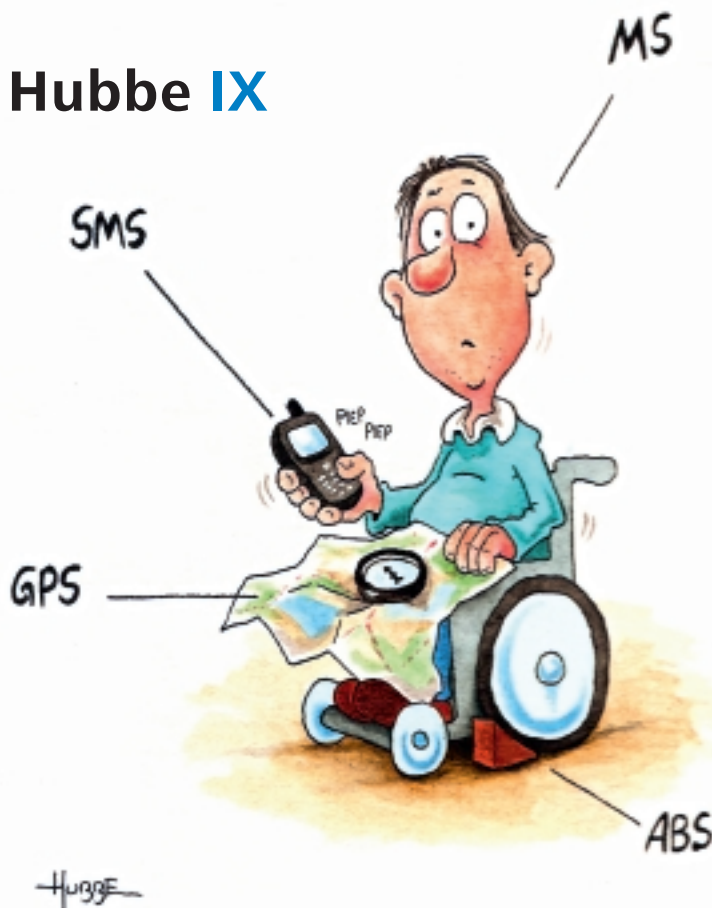
1. September 2007 - 10.30 Uhr | „Eutanasie“-Gedenkfeier 2007 | Veranstalter: Zentrum für Soziale Psychiatrie Philipphospital, 64560 Riedstadt | Veranstaltungsort: Hospitalkirche ZSP Riedstadt | Weitere Informationen: 0 61 58 / 1 83 – 2 06 oder E-Mail: michael.spallek@zsp-philippshospital.de

5. September 2007 - 9.30 bis 14.30 Uhr | „Gute Arbeit - trotz Behinderung!“ - Tagung für die Vertreter schwerbehinderter Menschen in Hessen | Veranstalter: Sozialverband VdK Hessen-Thüringen und LWV-Integrationsamt | Veranstaltungsort: Stadthalle Baunatal, Marktplatz 14, 34225 Baunatal | Weitere Informationen: 05 61 / 10 04 – 21 29 oder E-Mail: marlit.reis@lwv-hessen.de

6. September 2007 - 14 Uhr | Vortrag: Leitlinien für die Behandlung von Demenz | Veranstalter: Zentrum für Soziale Psychiatrie Rheinblick, Kloster-Eberbach-Straße 4, 65346 Eltville – Eichberg | Veranstaltungsort: Seminarraum im Kulturzentrum (KuZ), ZSP Rheinblick | Weitere Informationen: 0 61 23 / 6 02 - 652 oder E-Mail: j.scheurenbrand@zsp-rheinblick.de

9. September 2007 - 11 bis 16.30 Uhr | Tag des offenen Denkmals | Veranstalter/Veranstaltungsort: Gedenkstätte Hadamar, Mönchberg 8, 65589 Hadamar | Weitere Informationen: 0 64 33 / 9 17 – 1 72 oder E-Mail: gedenkstaette-hadamar@lwv-hessen.de / Öffentliche Führung: 14.30 Uhr

Phil Hubbe IX



IMPRESSUM

LWV-Info. Zeitschrift des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen

Herausgeber:

Landeswohlfahrtsverband Hessen
Öffentlichkeitsarbeit - Pressestelle
Ständeplatz 6 - 10, 34117 Kassel
Tel.: (05 61) 1004 - 22 13 / 23 68/25 36
Fax: (05 61) 1004 - 26 40
pressestelle@lwv-hessen.de
www.lwv-hessen.de

Redaktion:

Jörg Daniel (jda) (verantwort.)
Rose-Marie von Krauss (rvk)

Redaktionsmitarbeit:
Monika Brauns (mbr)

Satz und Druck:

Grafische Werkstatt von 1980 GmbH, Kassel

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Texte dieser Zeitschrift – auch Auszüge – dürfen nur unter Angabe der genauen Quelle und gegen Übersendung eines Belegexemplares genutzt werden. Das LWV-Info finden Sie unter www.lwv-hessen.de auch im Internet. Abonnementsbestellungen richten Sie bitte an die obige Anschrift.